

# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von  
zwei Nummern ab 60 Pfg.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:  
Leipzig  
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg.,  
von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum  
berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten  
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete  
Bezahlung angenommen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 16. April 1904.

8. Jahrgang.

## Grüß an die Delegierten!

Ihr Brüder aus den deutschen Gauen  
Die ihr zu ernster Tagung kommt,  
Ihr werdet hier gar viel erschauen,  
Was Eurem freien Sinn nicht frommt;  
Doch eines sollt Ihr nicht entbehren,  
Was echten Bruderfönn bezeugt,  
Es sei, Euch schlicht damit zu ehren,  
Zum Grüß die Bruderhand gereicht.

Schon mancher Gast ward hier empfangen  
Mit großem Pomp und Gaukelspiel,  
Und Pauken und Trompeten klangen  
Und bunten flitter sah man viel.  
Das alles müßt Ihr Euch versagen,  
Euch ehrt nicht eitel Glanz und Pracht;  
Doch dafür wird in späten Tagen  
In Ehren Eurer noch gedacht.

Und diesem Ziele zuzustreben,  
Ist Eurer Sendung Mission,  
Aufs neu ihm feste Form zu geben,  
Sei Eurer Arbeit hehrer Lohn.  
Doch ziemt es Euch, in ernster Weise  
Zu fördern der Verhandlung Gang,  
Und ferne bleibe unserm Kreise  
Des schrillen Mistons herber Klang.

Ihr dürft nicht nach Schaugepränge,  
Nach Huldbigung vom Magistrat,  
Ihr wollt nicht falsche Lobgefänge;  
Denn Eurer ist die ernste Tat.  
Zu hoher Sendung auserkoren,  
So zieht in diese Stadt Ihr ein,  
Und darum sollt in unsren Toren  
Ihr doppelt auch willkommen sein!

Blöd schlichen wir und stumpf durchs Leben,  
In tierisch-niedrer Arbeit Fron,  
Entfremdet jedem hohen Streben,  
Und Sorg' und Elend war der Lohn.  
So, eine dumpfe Schar von Knechten,  
Die nicht ihr schmachvoll Sein erkennt,  
So lebten wir, fern allen Rechten,  
Durch blinden Unverstand getrennt.

So wünschen wir denn gut Gelingen  
Und volle Früchte Eurem Fleiß;  
Es werde Eurem ersten Ringen  
Des herrlichsten Erfolges Preis.  
Ein fester Schritt sei Euer Tagen  
Zum Ziele, das uns all' befehlt,  
Daß wir auch die Erkenntnis tragen  
Zu dem, der unsern Reih'n noch fehlt.

Da fiel ein Strahl so wunderkräftig  
In unsre schwarze Geistesnacht,  
Daß er erleuchtend, siegreich, heftig  
Den blinden Wahn zu Fall gebracht.  
Wir hatten endlich uns gefunden,  
Und Mut und Kraft hob stolz die Brust,  
Als wir in den Erleuchtungstunden  
Des Menschen wurden uns bewußt.

Da waren wir nicht mehr verlassen,  
Nicht mehr des blinden Zufalls Spiel;  
Es strebten die enterbten Massen  
Nach einem höherrückigen Ziel;  
Die Arbeit sei nicht mehr entrechtet,  
Soll nicht der Armut Schandmal sein,  
Und alle, die bisher geknechtet,  
Gill's aus der Knechtschaft zu befrei'n.

Th. L.

## Zum Verbandstage.

Zwei Monate später als beschlossen tagt in Erfurts  
Mauern der 1. Verbandstag. Die hinauschiebung war  
begründet, indem die Abfassung des Geschäftsberichts erst  
nach Fertigstellung des Rassenberichts erfolgen kann, und  
die Fertigstellung des letzteren wiederum abhängt von der  
pünktlichen Einfindung der Quartalsabrechnungen. Ueber-  
dies ist den Mitgliedern und insbesondere den Delegierten  
auch vorher Gelegenheit zu geben, den Geschäfts- und  
Rassenbericht sowie die Statistik eingehend zu studieren, um  
über alle Vorgänge innerhalb des Verbandes informiert zu  
sein.

Es war also im Interesse aller, daß die General-  
versammlung bezüglich der Tagung etwas hinausgeschoben  
wurde.

Die Mitglieder des Verbandes haben in der letzten Zeit  
eine rege Aussprache gepflogen. Selten ist der Raum des  
Nachblattes in so ausgiebiger Weise als Tribüne der öffent-  
lichen Auseinandersetzung gebraucht worden, wie dieses Mal,  
und dieses ist ein Zeichen, daß unsere Mitglieder sich den  
Aufbau des Verbandes angelegen sein lassen. Wenn auch  
in einzelnen Punkten die Ansichten weit auseinandergehen  
mochten, als Richtschnur diente sicherlich, allen die Förderung  
des Zentralverbandes.

Wir nehmen Abstand, in diesem Augenblick nochmals  
die wichtigsten Punkte der Generalversammlung zu streifen,  
aber während wir diese Zeilen niederlegten, erhielten wir  
Kunde, wie das organisierte Unternehmertum bemüht ist,  
die mühsam errungene Bundesratsverordnung zu be-  
seitigen. Einen neuen Angriff haben die Arbeitgeber  
wieder unternommen, um gegen diese Verordnung Sturm  
zu laufen.

Nachdem ihnen von der Tribüne des Reichstags,  
von seiten der Regierung, bezüglich der Umänderung der  
Verordnung vom 20. März 1902 nach ihrem Geschmaç, eine  
abweisende Antwort erteilt wurde, glauben diese Herren,

den Bundesrat für die vorgeschlagenen Änderungen ge-  
winnen zu können.

Der Steinmetzmeisterverband wandte sich  
unter dem 9. Februar d. J. an den Bundesrat, daß die  
Verordnung in den einzelnen Bestimmungen ergänzt  
werde, desgleichen sollen verschiedene Paragraphen um-  
geändert werden, insbesondere die §§ 4, 6, 9 zc. Mit einem  
Wort, den Herren Unternehmern gelüftet nach einer voll-  
ständigen Umgestaltung der ohnedies für die Steinarbeiter  
nicht genügenden Verordnung. Wir werden die  
Wachinationen der organisierten Unternehmer aber zu  
durchkreuzen wissen.

Die Petition trägt die Unterschrift des Herrn Ditt-  
mer-Berlin, bekanntlich ein großer Freund der Stein-  
arbeiter.

Die Generalversammlung hat gegen ein solch scham-  
loses Treiben die entschiedenste Verwahrung einzulegen  
und die Delegierten werden Gelegenheit haben, die Unter-  
nehmerpetition mit all ihren Wünschen kennen zu lernen.

Die Steinmetzmeister glaubten den Bundesrat über-  
rumpeln zu können, denn nichts sollte an die  
Öffentlichkeit kommen, aber wir haben doch  
in das 11 Seiten starke Wunschregister Einsicht genommen,  
denn es ist nichts so fein gesponnen, daß es nicht kommt  
an die Sonnen.

Die Steinarbeiterschaft Deutschlands wird den neuesten  
Tritt der Unternehmer aber gehörig durchkreuzen.

Die Kenntnis dieser Petition vor der Generalversamm-  
lung kam uns deshalb sehr gelegen.

Wir werden die Unternehmer mit ihren  
eigenen Argumenten schlagen.

Den Versammlungsberichten nach scheint der Streik-  
taktik des Vorstandes nicht zugestimmt zu werden. Im  
Gegensatz zu dem Unternehmertum, das die Verbands-  
leitung gern als Streikheger bezeichnet, besteht bei den  
Mitgliedern unserer Organisation vielfach die Meinung,  
der Vorstand wolle am liebsten jede Lohnbewegung ver-

hindern, wie auch sonst des öfteren dem Gedanken Aus-  
druck gegeben wird, der Vorstand mache, was er wolle, ohne  
sich um die Wünsche und das gerechtfertigte Verlangen der  
Zahlstellen und einzelner Mitglieder zu kümmern. Das  
sind natürlich ganz haltlose Anschuldigungen und, im  
Grunde genommen, darauf zurückzuführen, daß viele Orte  
und einzelne Mitglieder das Statut zu wenig oder gar  
nicht beachten. Es werden Streiks beschlossen, ohne daß  
dem Vorstand auch nur Gelegenheit gegeben wird, sich  
über die Situation zu informieren. Dem Vorstand wird  
einfach die Pistole auf die Brust gesetzt: Gib die Geneh-  
migung, oder es läuft alles auseinander; wenn die Organi-  
sation zugrunde geht, hast du, Vorstand, schuld! Daß der  
Vorstand, der doch als Hüter des Gesetzes eingesetzt, auch  
verpflichtet ist, das Statut selbst zu achten, wird in solchen  
Fällen von den Versammlungen ganz außer Betracht ge-  
lassen. Ähnlich geht es oftmals Mitgliedern, wenn ihre  
persönlichen Wünsche, die entweder mit dem Statut oder  
auch mit sonstigen Regeln einer gut geleiteten Organisation  
gar nicht in Einklang zu bringen sind, abgewiesen werden  
müssen.

Die Verbandsleitung ist mit Eifer danach aus, die Ar-  
beitsverhältnisse der gesamten Kollegen günstiger zu ge-  
stalten. Alle Mitglieder können versichert sein, daß die  
Leitung nur ihr bestes will, sie müssen sich aber auch den  
von den Verbandstagen beschlossenen Gesetzen unterordnen  
und der eingesetzten Leitung der Organisation volles Ver-  
trauen entgegenbringen. Die Ausübung eines Zwanges  
auf die Entschlüsse des Vorstandes, die zur Miß-  
achtung des Statuts führen sollen, ist jedenfalls höchst un-  
moralisch. Und bekannt ist ja, daß böse Beispiele gute  
Sitten verderben. Der Vorstand soll nie diktatorisch und  
herrisch auftreten, sondern er muß sich in der Ausübung  
seiner ihm übertragenen Pflichten und Rechte eins fühlen  
mit dem Willen der Gesamtmitglieder; er soll aber auch  
kein Rohr sein, das sich vor jedem Windstoß des Unmuts  
beugt, der den eignen Fehlern der Mitglieder oder Un-

haben entspringt, die zu beseitigen außer dem Machtbereich unserer Organisation liegt.

Anscheinend ist die schwere wirtschaftliche Krise der letzten Jahre im Weichen. Benützen wir diese Gelegenheit in erster Linie, um den Samen der Aufklärung über die Zweckmäßigkeit eines starken Verbandes in die weitesten Kreise unserer Berufskollegen zu tragen, um neue überzeugte Kämpfer für die gute Sache zu gewinnen.

Vielseitig wird also die Tätigkeit der Generalversammlung sein; wir wünschen, daß sie in objektiver und befriedigender Weise ihren Abschluß findet. Schwebt allen Vertretern des Gesamtverbandes nur das hohe Ziel vor Augen, läßt jeder nur die schmer errungene Erfahrung Berater sein, unterdrücken auch die Temperamentvollsten alle persönliche Neizbarkeit — dann wird der Erfolg der Arbeit ein ganzer sein.

Mit großer Spannung blicken diesmal die Mitglieder dem Ausgang der Beratung entgegen. Aber das steht fest, daß die Generalversammlung auch mit den besten Absichten und ihrer gediegensten Tätigkeit die so zahlungsgeschprochenen Wünsche nicht erfüllen kann, wenn die Mitglieder nicht selbst zur Uebernahme größerer Pflichten bereit sind. Ohne Saat keine Ernte!

So wünschen wir denn der Generalversammlung ein glückliches, erfolgreiches Wirken, das als Endresultat Uebereinstimmung hinsichtlich der zu treffenden Einrichtungen erzielt und den Geist der Gemeinsamkeit hebt. Weithin sollen ihre Taten leuchten und den Indifferentismus verschrecken. Neue Ziele sollen die lässigen Kollegen für den Verband gewinnen, wie wir selbst durch höher gesteckte Aufgaben zu kühneren Kämpfen für unsere Organisation werden.

Drum haltet ferner Treue zum Verbands,  
Und sagts den Loren, die nicht mit uns gehen,  
Daß sie in ihrem blinden Unverständnis,  
Den Weg der Rettung und das Ziel nicht sehen.

Herzlichen Gruß daher allen, die in Erfurt zu gemeinsamer ernster Arbeit zusammenzutreten.

## Die Affordarbeit in Deutschland.

Seitdem die intimeren industriellen Beziehungen zwischen Amerika und dem Kontinent das im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ vielfach übliche Lohnsystem der Prämienzahlung auf der Basis der Stücklöhne hier bekannt werden ließen, ist die Frage der Lohnberechnung nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Die größere Aufmerksamkeit, die man jetzt den Lohnsystemen widmet, hängt zusammen mit der sogenannten amerikanischen Gefahr. Wie man vor 60 Jahren das Blühen der englischen Textilindustrie vorwiegend dem dortigen Lohnsystem zuschrieb, so glaubt man jetzt auch vielfach die Ursache des industriellen Aufschwungs Amerikas in dem dortigen Affordprämienystem gefunden zu haben. Man ist der Ansicht, daß durch dieses System die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters bis zur äußersten Grenze angepannt werde. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß, wenn man dabei von ethischen, humanitären und sozialen Momenten ganz abieht, keinem Lohnsystem die Priorität der Dekonomie vindiziert werden kann. Unter Umständen kann für das Kapital die Zeitlöhnung profitabler sein als die Affordlöhnung und umgekehrt. Allgemein ist die Affordarbeit aber in schlechten Geruch gekommen, nicht nur wegen ihrer mörderischen Wirkung für den Arbeiter, sondern auch weil durch sie Neid, Haß und andre „Tugenden“ unter den Arbeitern großgezogen werden.

Die Erklärung: „Affordarbeit ist Mordarbeit!“ richtet sich in der Hauptsache gegen dieses System, bei welchem dem Arbeiter jede Garantie der Sicherung eines einmal festgesetzten Affords vorenthalten ist. Das immer stärkere Hervortreten der Bestrebungen auf Stipulierung von Tarifverträgen involviert unstreitig eine Anerkennung der Affordarbeit, allerdings unter der Bedingung der Mitwirkung der Arbeiter bei Festsetzung der Preise und der Garantie, daß der Unternehmer die vereinbarten Bedingungen nicht einseitig zu jeder ihm beliebigen Zeit ändern kann. Andererseits verpflichten sich jedoch auch die Arbeiter innerhalb einer bestimmten Frist, die getroffenen Vereinbarungen als bindend zu betrachten und Lohnforderungen usw. nicht zu erheben.

Mit dem Wert oder Unwert von Tarifverträgen sich zu beschäftigen, ist nicht Aufgabe dieses Artikels, er soll nur angesichts der größeren Aufmerksamkeit, die man zurzeit den Lohnsystemen widmet, die Kenntnis über die Geschichte, den Umfang und den Charakter der Affordarbeit in Deutschland vermitteln. Diesem Zwecke dient in ziemlich erschöpfender Weise eine fleißige Arbeit von Dr. Ludwig Bernhard.\* Im Vorwort weist der Verfasser darauf hin,

\* Die Affordarbeit in Deutschland von Dr. Ludwig Bernhard. Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot.

daß in Deutschland die heftige Agitation gegen die Affordarbeit mehr und mehr der Forderung: „Regelung der Affordarbeit“ Platz mache und gehöre diese Frage zu den wichtigsten Problemen des Industriegewerks. Unter Affordarbeit begreift Dr. Bernhard die verschiedenen Formen: Einzelstücklohn, gemeinschaftliche Afforde, Kolonnenystem, Affordmeisterysteme mannigfacher Art, Gruppenafforde zc. Das Prämienystem betrachtet er als eine höhere Form der Lohnberechnung. Das ist zwar nicht unbedingt richtig, aber das kann hier unberücksichtigt bleiben, ebenso manche andre theoretische Konstruktion, durch welche das Buch nicht gewonnen hat.

Die größte Ausdehnung hat die Affordarbeit in England bereits anfangs des 19. Jahrhunderts erfahren, vorwiegend in der Textilindustrie. Fast ausschließlich war hier das Affordmeisterystem in Uebung. Es hing das zusammen mit der stark verbreiteten Kinderarbeit. Der Vorarbeiter erhielt einen bestimmten Afford ausbezahlt, er selbst zahlte an Kinder und Gehilfen Zeitlohn. Je rücksichtsloser er zur Arbeit antrieb, desto größer sein eigener Verdienst, je schneller ein bestimmtes Quantum Ware hergestellt war, desto schneller auch hatte der Affordmeister die Differenz zwischen dem Afford und den von ihm zu zahlenden Zeitlöhnen verdient. So wurde in England das Affordmeisterystem die Quelle schamlosester Arbeitskraftausbeutung. Zum guten Teile war auch das Baugewerbe und die Maschinenindustrie vom Affordmeisterystem beherrscht. Die ungeheuren Schäden dieses Werdensystems ließen in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Reformbewegung entstehen, aber man kam über Theorien im allgemeinen nicht hinaus, man tröstete sich mit dem Gedanken, daß bei Fortschreiten der Technik ganz von selbst das Affordmeisterystem durch den Einzelstücklohn verdrängt werde. Die Arbeiter selbst mußten den Kampf aufnehmen, so in England die Unions, so in Frankreich und so in Deutschland. Diese Konstatierung des Verfassers ist sehr wertvoll für die Beurteilung der Bedeutung der Arbeiterorganisationen und der Dummheit bürgerlich-kapitalistischer Regierungen im Kampfe gegen die als unhaltbar erkannten privatkapitalistischen Auswüchse.

In Deutschland wurde besonders in den vierziger Jahren die Affordarbeit propagiert als Anziehungsmittel für das Volk. Der Zeitlohn begünstige, so klang das Lied, die Faulheit, das Affordsystem mache den Arbeiter, der bei der Tagelöhnung nur eine lebende Maschine sei, zu einem freien selbständigen, denkenden Menschen. Man argumentierte: Bei der Sklaverei war das Interesse der Schaffenden an der Produktion ausgeschaltet, daher ihre Arbeit auch wenig produktiv, bei der Sörigkeit waren die Fronen schon an dem Ertrag der Gesamtarbeit interessiert, daher war die höhere Lohnform, der Tagelohn, eine wirtschaftliche Notwendigkeit und ein Fortschritt, die Affordarbeit muß den Zeitlohn ablösen als das Lohnsystem für einen freien Arbeiter, dessen individueller Arbeitsertrag mit seinem Interesse zusammenfällt.

Die Affordarbeit nahm denn auch in Deutschland in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz bedeutend zu, besonders waren es später die vielfachen Eisenbahnarbeiten, die in Afford ausgeführt wurden. In Fabriken, im Baugewerbe, ja selbst in landwirtschaftlichen Betrieben fand das Affordsystem stark Eingang. Die Arbeiterbewegung der sechziger Jahre nahm dann in Deutschland sowohl als in Frankreich und England erneut Stellung gegen die Affordarbeit. Der wirtschaftliche Niedergang begünstigte die Klünderung der Arbeiter — mangels sozialistischer Erkenntnis glaubte man die unerträgliche Ausbeutung der Arbeitskraft durch Aenderung des Lohnsystems gründlich ändern zu können.

Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte, vielfach als Folge starker Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Stadt, eine lebhafte Agitation für allgemeine Einführung der Affordarbeit für landwirtschaftliche Arbeiten ein; man nahm an, durch die Affordarbeit die Leistung des einzelnen, damit aber auch sein Einkommen zu steigern und ohne den Grundbesitzer zu belasten. Das Affordsystem hat denn auch in verschiedenen Formen, mehr oder minder stark in den verschiedenen Landesteilen, Eingang gefunden; die Grundlage der Affordberechnung bildet aber meist doch das genossenschaftliche Gruppensystem.

In der deutschen Industrie hat die Affordarbeit besonders nach dem deutsch-französischen Kriege unter dem Willkürherrscher sehr große Ausbreitung gefunden. Der von Marx begründete Kampf gegen die Affordarbeit fand hauptsächlich nur bei den Organisierten im Baugewerbe einen Resonanzboden. Ehe aber die Agitation Kraft und Gestalt annehmen konnte, brach nach der glänzend-blenden Gründerperiode die große Krisis herein. War dadurch schon die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen stark

eingeschränkt, hat das Sozialistengesetz ein weiteres — das hat Dr. Bernhard nicht berücksichtigt. Viele Organisationen wurden aufgegeben, manche führten nur noch ein Dasein unter falscher Flagge. Trotzdem nahmen einzelne Organisationen den Kampf gegen die Affordarbeit wieder auf, aber dieser Kampf lenkte, erst schwächern, immer stärker in andre Bahnen, er wurde geführt für Affordtarife. Mitte der achtziger Jahre drang in der Gewerkschaftspresse die prinzipielle Verneinung der Affordarbeit wieder durch, die Maurer erhoben 1887 die Forderung: „Abolition der Affordarbeit“ zum Prinzip, andre Berufe folgten, wenn auch weniger scharf prononciert; auch die Buchdrucker forderten 1889 „Abolition des Berechnens“, das heißt der Affordarbeit. Im Jahre 1891 fand dann aber auf dem Brüsseler Kongreß eine Resolution Annahme, durch die die schädlichen Folgen der Affordarbeit anerkannt, diese aber als ein integrierender Teil der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet wird, der erst mit dieser schwinden werde. Trotzdem sollten die Organisationen mit allen ihnen gutdünkenden Mitteln für Beseitigung der Affordarbeit eintreten. Die sich an diese Resolution anknüpfende Diskussion hatte zur Folge eine erneute, starke Agitation gegen die Stücklohnarbeit. Einen durchschlagenden Erfolg hatte die Agitation jedoch nicht, konnte sie auch nicht haben, weil die Organisationen zu schwach waren, den Widerstand zu brechen. Nur im Baugewerbe, speziell bei den Maurern, rückte mit dem Erstarken der Organisation nach Fall des Sozialistengesetzes der Kampf für Zeitlöhnung wieder mehr in den Vordergrund und ist die Stipulierung von Stundenlöhnen meist die Grundlage der von den Maurern in den letzten Jahren erkämpften Arbeitsverträge. In andern Berufen aber liegen den abgekehrten und erstrebten Tarifen Affordberechnungen zugrunde. Man nimmt an, daß Tarifverträge der Uebergang zur Zeitlöhnung seien. Die nächste Etappe würde dann sein, daß die Unternehmer starken Organisationen gegenüber Tarifverträge fordern. Aus dieser Erkenntnis heraus erweist sich als doppelter Schaden für die Gesamtbewegung das Bestreben einzelner, wegen momentanen persönlichen Vorteils die Affordarbeit beizubehalten, wie das seitens der Hamburger Affordmurer geschah. Leider machen sich ähnliche Bestrebungen auch noch andernwärts im Bauberuf bemerkbar.

Durch die Tarifstreitigkeiten innerhalb des Buchdruckerverbandes im Jahre 1896 trat dann die Erörterung über Tarifverträge in prinzipieller und taktischer Beleuchtung in den Vordergrund der Partei- und Gewerkschaftsdiskussion. Wenn auch heute noch vereinzelt der Abschluß von Tarifverträgen prinzipiell verworfen werden mag, in der Praxis wird der Abschluß solcher Verträge immer mehr erstrebt.

Im weiteren erörtert Dr. Bernhard dann die Frage: „Was ist zur Ordnung der Affordarbeit erforderlich?“ Hier bespricht er die Methoden zur Messung der Arbeitsleistung nach dem ganzen Produkt, nach Einheiten oder Elementen — gleiche oder ungleiche Teile — und indirekte Affordberechnung. Auf die verschiedenen Methoden hier näher nach ihren theoretischen Erläuterungen einzugehen, gestattet schon der Raum nicht. Wer sich darüber näher informieren will, muß das aus dem Buche selbst tun, das den Bibliotheken zwecks Anschaffung nur zu empfehlen ist. Das Gesagte gilt auch von der Erörterung über die Technik der Feststellung von Affordtarifen, über Formen der Tarife, gleitende Lohnskalen usw.

Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß, wenn Arbeiter auf bestimmte Zeit auf Affordarbeit eingestellt sind und der Unternehmer sorgt nicht für regelmäßige Beschäftigung, die Arbeiter nicht nur zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt sind, sondern auch noch Schadenersatz beanspruchen können. Das Gewerbegericht in Berlin hat in einem konkreten Falle anders entschieden. Weiter vertritt er die Ansicht, daß bei Affordarbeit und nicht ausgeschlossener Kündigungszeit beiderseitig von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht werden kann, ohne Rücksicht auf Beendigung des angefangenen Affords. Ebenso kann bei Affordarbeiten von jeder Partei das Arbeitsverhältnis gelöst werden vor Beendigung eines Affords; wenn Kündigungsfrist ausgeschlossen wurde, dann kann, wie auch bei Zeitlohnberechnung, das Arbeitsverhältnis jeden Tag gelöst werden. Die Lohnsumme muß dann natürlich nach der an dem angefangenen Affordstück geleisteten Arbeit berechnet werden.

Das Buch von Dr. Bernhard füllt zweifellos eine Lücke in der wirtschaftlichen Literatur aus, der Preis (5 Mk.) ermöglicht leider nicht jedem Arbeiter die Anschaffung, weshalb die Anschaffung in erster Linie, wie bereits bemerkt, den Gewerkschaftsbibliotheken zu empfehlen ist.

## Der Vater und seine Söhne.

Zu einem alten und weisen Indier kehrten vier Söhne zurück. Sie baten um seinen Segen.

„Erst muß ich wissen, wer von Euch der Würdigste ist“, sagte der alte Mann.

„Der Würdigste bin ich“, drängte sich Milis vor. Schau her, diesen Degen führte ich in hundert Schlachten und ward nie besiegt. Als die hungernden Arbeiter vor den Palast meines Fürsten zogen und nach Brot schrien, da stieß ich sie mit meinen Waffengefährten zurück, es war ein schwerer Kampf gegen die Verzweifelten und mein Fürst bangte schon, mir aber gelang es. Zum Lohn für meine Treue aber erhielt ich diese goldenen Ehrenzeichen. Auf der Straße weicht man mir achtungsvoll aus, und wer mir auch nicht wohl will, der fürchtet mich doch. Kann ich nicht stolz sein?“

„Nein, mein verirrter Sohn, das kannst Du nicht. Einen Menschen töten, ist nichts Gutes, und wenn man nicht in der Leidenschaft tötet, so ist es noch schlimmer. Auch die Männer eines fremden Stammes sind Deine Brüder. Am schlimmsten aber ist es, wenn man die Waffe gegen Männer des eignen Volkes kehrt, die waffenlos kamen, um Hilfe aus schwerer Not zu fordern. Die Treue aber, deren Du Dich rühmst, zeigt auch der Hund, der sie selbst dem bösesten Herrn erweist. Außere Ehrenzeichen aber beweisen nichts für die Würde des Herzens. Gehe in Dich und bessere Dich.“

„Gewiß Vater, Du hast recht“, fiel jetzt der zweite Bruder, ein Priester, ein. „An dem Schwerte klebt Blut, und es zu tragen, bringt keine Würde. Ich aber führte es nie, ich verbrachte mein weihewolles Dasein vor den Altären der Götter, meine Stimme erschalle nur zu Brahmas Ehren, ich hütete mich und meine Gewänder vor der Berührung mit geringeren Klassen, und so darf ich mich wohl für den Würdigsten halten.“

„Das darfst Du nicht“, erwiderte der weise Indier. „Wenn Du auch kein Schwert trägst, so hast Du doch genug blutige Fahnen geweihet und für ungerechte Feldzüge der Götter Segen erseht. Du hast den Leuten von Göttern gesprochen, deren Dasein Du nicht beweisen kannst; oder hast Du etwa Brahma je gesehen? Du hast Dich für besser gehalten als Deine Mitmenschen, hast nie etwas Gutes getan, nur leere Worte für die Not gehabt. Gehe in Dich und bessere Dich.“

„Wenn es auf das Handeln ankommt im Gegenjaß zu jenen Wüßiggängern“, fiel nun der dritte, ein Großkaufmann aus Bombay, ein, „so bin ich der Würdigste. Du gabst mir nichts mit und dennoch bin ich etwas Großes geworden. Ich nahm ein reiches Mädchen zur Frau und mit ihrem Gelde wucherte ich. Ich kam empor. Tausende von Arbeitern ernähre ich heute, mein Haus besucht die beste Gesellschaft, und meine Kinder haben einen reichen Vater.“

„Nur“, erwiderte der Greis. „Ich gab Dir genug mit,

die besten Lehren der Sittlichkeit und der Menschlichkeit, Du aber hast mit dem Pfunde nicht gewuchert. Daß Du ein Weib nimmst nur wegen des Geldes, verdient kein Lob, sondern Tadel. Du hast damit Deinen besten Menschen verkauft. Indem Du mit ihrem Gelde wuchertest, beschaffst Du viele Menschen. Wenn Du sagst, daß Du Tausende von Arbeitern ernährst, so lügst Du, die Tausende ernähren Dich mit ihrer Arbeit Schweiß. Deine „beste Gesellschaft“ ist Deiner wert, und Deine Kinder haben einen Vater, reich an totem Gold, aber arm an allen guten Gaben. Du hast keinen Grund, Dich für würdig zu halten. Gehe in Dich und bessere Dich.“

„Was wirst Du von mir sagen, Vater?“ begann nun der letzte Sohn. „Arm ging ich von Dir und arm kehre ich zurück. Auch an äußeren Ehren kann ich nichts aufweisen, es seien denn die Wunden, die mir mein Bruder schlug, als ich das arme Volk gegen seine Schergen schützte; es seien die Schwielen, die ich mir an den Kerkerfesseln holte, weil ich sagte, es gebe keine Götter; es seien denn die Krankheiten, deren Beute ich wurde, als ich, ein Arbeiter unter Arbeitern, um des Lebens Notdurft rang. Den Groll der Mächtigen habe ich zu tragen, weil ich ihr Recht für Gewalt ansah und weil ich die Schwachen lehrte, sich zu vereinigen, um das Unrecht der Starken zu brechen.“

„Du bist mein würdiger Sohn“, sagte der greise Indier, „komme her und empfangen meinen Segen!“

# Warum muß das Solidaritätsgefühl zur Solidaritätspflicht ausgebaut werden?

II.

Es hat nicht in der Absicht gelegen, diesen zweiten Artikel so schnell dem ersten folgen zu lassen, aus Gründen, deren Erörterung nicht notwendig ist. Diese Absicht wurde umgekehrt durch das Chaos von Anträgen zum Erfurter Verbandstag. Diesen Anträgen sei, wenn auch verschiedenen eine größere oder kleinere Portion Egoismus anzuhängen scheint, durchaus der gute Wille, der Gewerkschaft die Bahn, auf der sie vorwärts schreiten soll, zu ebnen, nicht abgesprochen. Kopfschütteln erregen verschiedene Anträge doch, z. B. obligatorische Einführung des Steinarbeiters, aber bei Leibe keine Beitragserhöhung, ja sogar eine 25 Pfg.-Masse soll noch geschaffen werden. Wenn nun das Wohl und Wehe, Sein oder Nichtsein der Gewerkschaft, von diesen 10 Pfg. weniger oder von einem sechsgliedrigen Staffeltarif abhängt, dann ist es wirklich traurig um uns gestellt.

Interessant ist der Antrag, eine Sterbekasse zu gründen. Arbeitsloser oder Kranker, was kümmerst du uns, mit deinem leeren oder schwachen Magen, bleibe entkräftet oder hungere weiter, aus purem „Solidaritätsgefühl natürlich“, wenn nur die Hinterbliebenen Verstorbener etwas bekommen, man hat nur noch vergessen, ein Trinkgeld an den Himmelspfortner zu beantragen, daß der Einlaß Begehrende zu den seligen Gefilden bereitwilliger willkommen heißen wird. Sollte dieser Antrag, doch ich traue unsern Delegierten mehr Verständnis zu, und werden ihn möglichst schnell verschwinden lassen, wirklich angenommen werden, so hieße das, das Gebiet der Unterstützungseinrichtungen zur hinteren Lüre herein beschreiten. Auch der schärfste Gegner von Unterstützungseinrichtungen wird zugeben müssen, daß diese auf die Dauer von keiner Gewerkschaft ferngehalten werden können. Wüthig ist es auch für die Unterstützungseinrichtungen am geratenssten, sich damit zu beschäftigen und ihre Gedanken dahin zu konzentrieren, wie sie am leichtesten und zweckmäßigsten eingeführt werden können.

In einer Branche, wie der der Steinarbeiter hält das schwer: Erstens, der viel vorkommenden Krankheitsfälle und Arbeitslosigkeit halber, die enorme Summen verschlingen würden, und doch ist die letztere die vor allem notwendigste und zugleich gerechteste, da sie für einen Teil in Form von Reiseunterstützung schon besteht, ist es eine Ungerechtigkeit, sie dem andern Teil, weil er an die Scholle gebunden ist, vorzuenthalten. Ein zweites Hindernis sind die vielen Kategorien in unserm Berufe, was den Sandsteinmengen annehmbar ist, entspricht den Hartsteinmengen nicht, was diesen gefällt imponiert schließlich bei den Marmorarbeitern nicht, und bis zu den Schleifern, Brechern und Pflastersteinarbeitern. Und das dritte große Hindernis werden wohl die vielen schon geschaffenen örtlichen Krankenunterstützungen sein. Der Erfurter Verbandstag hat alle Ursache, bei der Auswahl von Unterstützungseinrichtungen, denn alle vorge schlagenen können doch nicht auf einmal eingeführt werden, sehr vorsichtig zu sein, damit wir nicht wieder das traurige Schauspiel erleben müssen, daß irgend eine vom Verbandstag geschaffene Unterstützung durch Urabstimmung zu Fall gebracht wird. Und daß Delegierte, die auf dem Kongreß in Leipzig dafür eintraten, aus Angst vor einer Trennung dagegen stimmten, und auch in diesem Sinne Propaganda machten. Diesen Schreibern und Angstmeyern, die das bewerkstelligt haben, kann man höchstens nur etwas oder überhaupt gar kein Solidaritätsgefühl zusprechen. Wenn eine Gewerkschaft Unterstützungseinrichtungen schafft, so hat sich auch das Solidaritätsgefühl dahin auszudehnen, das war aber nach dem Leipziger Kongreß nicht der Fall, denn nur aus purem Egoismus heraus, aus disziplinloser Nichtachtung von Kongreßbeschlüssen und dem Mangel von ausgebautem Solidaritätsgefühl, ist die damalige Urabstimmung zu erklären. Zu wünschen ist nur, daß ein derartiges Vorkommen gewerkschaftlicher Disziplinlosigkeit das erste und letztemal sein möge.

Das bisher Gesagte ist nicht der eigentliche Zweck dieses Artikels, sondern den Gedanken des in Nr. 2 des Steinarbeiters von diesem Jahre, mit dem gleichen Titel weiterzuspinnen. Wenn nun das Vorgehen bei Kämpfen zentralistisch geregelt wäre, was sollte die Gewerkschaften dann noch hindern, auch die übrigen Unterstützungseinrichtungen zu zentralisieren? Wer einigermaßen Kenner der Gewerkschaften und deren Organismen ist, dem ist es begreiflich und verständlich, daß einige Gewerkschaften verhältnismäßig gut ausgebauten Unterstützungseinrichtungen haben, während andre nicht einmal zu einem Versuch kommen, trotz hoher Wochenbeiträge. Das liegt doch wohl an der Eigenart der verschiedenen Berufe, wie mehr oder weniger Saisonarbeiter, oder halb Industrie- halb Landarbeiter. Daß diese letzteren mehr unter kapitalistischer und pfäffischer Herrschaft stehen, ist bekannt, und daher für die Gewerkschaftsbewegung wenn nicht ganz, so doch sehr schwer zugänglich sind. Der andre Teil der Gewerkschaften rekrutiert seine Mitglieder größtenteils aus den Industriezentren, diese sind der Bewegung viel leichter zugänglich, schließlich auch weniger Saisonarbeiter, diese haben in ihren Unterstützungseinrichtungen Großartiges, Bewunderungswürdiges geleistet. Hier ist der Hebel anzusetzen, will man von einem bis zur richtigen Höhe ausgebauten Solidaritätsgefühl sprechen. Die Unterstützungseinrichtungen müßten ebenfalls zentralisiert werden, d. h. für alle Gewerkschaften gleich und durch die Hände der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Es kann und darf den an der Spitze marschierenden Gewerkschaften nicht gleich sein, ob die zu hinterst marschierenden, an unverschuldeten Umständen lammenden, mit fortkommen oder nicht, denn die Arbeiterbewegung hat ein allgemeines Interesse daran, daß nicht ein Teil zurückbleibt, während der andre mit Riesenschritten vorwärts eilt, unbesümmert um den Knirps hinterdrein, der zum Leben kaum das Nötigste hat, und zum Sterben doch zu kräftig ist. Die Agitation müßte eine bedeutend leichtere sein, könnte der Agitator den Indifferenten von gleichen Rechten und gleichen Pflichten erzählen, als wie jetzt, wo jede Gewerkschaft gibt, was sie eben geben kann. Für einen Agitator bei den Steinarbeitern z. B. ist es gerade nicht angenehm, wenn er von den Wochenbeiträgen spricht und schließlich verheimlichen muß, daß es Gewerkschaften gibt, die bei denselben Wochenbeiträgen schon Arbeitslosen

oder Krankenunterstützung gewähren, allerdings haben wir sehr hohe Streckkosten. Kommen dann die erst kaum Gemeinteten dahinter, daß im Gewerkschaftsleben im allgemeinen nicht nur mit zweierlei, sondern mit duzendertei Maßnahmen gemessen wird, so ist es verständlich, daß der Funke in das Pulverfaß fliegt, zündet, und der Abfall vieler Zugetreter ist sicher. Wie sehr es mit dem Ausbau des Solidaritätsgefühls bis zur Pflicht noch hapert, ist auch sehr deutlich bei der Reiseunterstützung ersichtlich, als Beispiel diene folgendes: Ein auf der Wanderschaft Befindlicher muß 8 Tage lang durch ein Gebiet, in welchem seine Gewerkschaft überhaupt keine Zahlstelle hat, welcher Gewerkschaft der Betreffende angehört, ist gleichgültig. Er berührt aber Orte, in denen sechs oder noch mehr Gewerkschaften Zahlstellen haben, ein Gewerkschaftskartell vorhanden ist, und trotzdem bleibt er ein Fremder, so gut wie nichtorganisiert, weil seine Gewerkschaft dort überhaupt nicht vertreten sein kann oder nicht vertreten ist, bekommt er nichts. Kann man da noch von Solidaritätsgefühl sprechen, nein, in diesem Falle ist es nur Phrase. Die politische Arbeiterbewegung hat von jeher in diesen Fragen einen solidarischen Standpunkt eingenommen und hat Notleidende, hauptsächlich durch ihre Tätigkeit in Not geratene Genossen unterstützt und nicht danach gefragt, wessen Standes bist du, oder bist du ein Deutscher oder Franzose oder sonst woher? Auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung muß sich diesen Standpunkt aneignen, und zwar je eher, desto besser. In dem Zeitalter, wo sich die Industriebarone, mit Herrn Bued an der Spitze, immer größere Zentralisationen zu schaffen suchen, darf die Arbeiterbewegung nicht müßig zusehen und zurückbleiben, im Gegenteil wäre es viel besser, sie schritte voran im Ausbauen von allgemeinen Zentralisationen.

Ein baldigt zu beseitigender Uebelstand sind auch die vielen neben verschiedenen Gewerkschaften, die womöglich schon Krankenunterstützung gewähren, noch herlaufenden Hilfs- und Zuschußkassen, die wohl früher berechtigt waren, aber seit der Zeit, wo die Gewerkschaften die Unterstützungseinrichtungen selbst in die Hand nehmen, immer mehr von dieser Berechtigung verlieren. Denn es bedeutet doch weiter nichts als eine Zerplitterung der Kräfte, denen es bitter not tut, alle auf gemeinsame Punkte zu sammeln.

Mit diesen Gedanken ist die Selbstständigkeit der einzelnen Verbände durchaus nicht gefährdet, schon aus dem Grunde nicht, weil die Verschiedenartigkeit der Berufe eine eigne Leitung fordert. Selbstverständlich wäre es von Vorteil, wenn sämtliche Gewerkschaften den Sitz ihrer Leitung in dem Orte hätten, in dem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands domiziliert. Nun wird allerdings die Durchführung dieser Gedanken, die in den beiden Artikeln beleuchtet wurden, nicht so leicht von statten gehen, sicher ist, daß man eine Unmenge von Hindernissen in den Weg legen wird. Man könnte schon zufrieden sein, wenn der nächste allgemeine Gewerkschaftskongreß die Zentralisation in Kriegszeiten regeln würde, wie in dem ersten Artikel in Nr. 2 d. Bl. geschrieben ist, dann wäre die Einführung der andern Unterstützungseinrichtungen nur noch eine Frage der Zeit und müßte logischerweise folgen. Die gut fundierten Gewerkschaften werden sich jedenfalls am meisten gegen die Zentralisation der Unterstützungseinrichtungen sträuben, weil sicher anzunehmen ist, daß sie etwas von ihrer Höhe heruntersinken, um den schwächeren, denen es nicht möglich war, soweit emporzuklimmen, nachzuhelfen; sollten sie sich wider Erwarten für die Dauer dagegen wehren, dann kann man sagen, daß sie sich des Solidaritätsgefühls nicht voll bewußt sind und bei ihnen nur einseitig vorhanden ist. Diejenige Gewerkschaft, die zuerst die Initiative zur Festlegung des Solidaritätsgefühls zur statutarischen Solidaritätspflicht ergreift, erwirbt sich ein großes Verdienst um die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Der Verbandstag der Steinarbeiter in Erfurt könnte nichts Besseres tun, als den Gedankengang dieser beiden Artikel aufzugreifen und zu Anträgen für den nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongreß zu erheben. Es wird schwer halten, damit durchzudringen, und es wird rednerische und mit der Feder zu führende Kämpfe geben, aber es muß daran immer weiter gearbeitet werden. Auf halbem Wege zur Zentralisation sind wir schon, Beweise hieron sind die Gewerkschaftskartelle, Arbeiterssekretariate, Reichsarbeiterssekretariat und nicht zuletzt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Also noch einmal, fort mit dem nach Verlieben jedes einzelnen gehandhabte Solidaritätsgefühl, und hoch das statutarische und allgemein zur Pflicht gemachte.

## Siebenter Jahresbericht des Arbeiterssekretariats in Stuttgart.

In einer 72 Seiten starken Broschüre liegt der Bericht des Stuttgarter Arbeiterssekretariats vor. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß über die gesamte Sozialgesetzgebung die Versicherten sowie auch die Arbeitgeber sehr schlecht orientiert sind. Der Bericht sagt:

„Die Unkenntnis in Unfallsachen spielt noch immer, sowohl bei den Versicherten als auch bei den Arbeitgebern und den mit der Handhabung des Gesetzes betrauten niederen Behörden, eine große und oft schweren Schaden bringende Rolle. Leider findet man diese Unkenntnis auch bei organisierten Arbeitern, denen durch ihre Organisation doch gewiß Gelegenheit zur Information gegeben wird. Es erscheint mitunter unglücklich, mit welchem Leichtsinne Verletzte ihren Entschädigungsanspruch, noch dazu bei recht schweren Verletzungen, aufs Spiel setzen und in die Gefahr der Verjährung bringen. Nicht selten wird die Verjährungsfrist bis zum letzten Tage abgewartet, ehe man sich dazu entschließt, gegen einen ganz offenbar abänderungsbedürftigen Bescheid Berufung einzulegen. Um ein Verstreichen der Verjährungs- resp. Rekursfrist zu verhüten, mußten wir wiederholt zu dem Ausschmitttel greifen, die Verjährungs- bzw. Rekursfrist anstatt der zuständigen der nächsterreichbaren Behörde zuzustellen. Jedoch nicht immer konnte dieser durch die letzte Wenderung des Unfallversicherungsgesetzes geschaffene Ausweg benutzt werden; mehrfach war es auch dazu schon zu spät. In einem solchen leider recht schweren Falle — der Verletzte war durch Ueberfahren völlig erwerbsunfähig geworden, die Berufsgenossenschaft lehnte aber die Gewährung einer Entschädigung ab, weil sie das

Vorliegen eines Betriebsunfalls für nicht genügend erwiesen erachtete — erhielten wir auf die Frage, warum er nicht rechtzeitig gekommen sei, von dem Verletzten die Antwort: er habe geglaubt, es komme bei der Sache auf ein paar Tage nicht an. Diesen törichtsten Glauben hatte er mit dem Verlust einer monatlichen Unfallrente von 60 bis 70 Mk. zu bezahlen, für den die später erlangte Invalidenrente nur einen sehr dürftigen Ersatz bieten konnte.“

Weiter klagt der Bericht, daß bei den Steinarbeitern die neunstündige Arbeitszeit sehr oft überschritten wird. Die Gewerbeinspektionen sind nicht im entferntesten in der Lage, die notwendigen Revisionen vorzunehmen.

Auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung waren den Gewerbeinspektionen 1902 folgende Betriebe unterstellt: 710 Steinbrüche und Steinhauereien, 258 Bürsten- und Pinselmachereien, 2157 Bäckereien und Konditoreien, 47 Buchdruckereien und Schriftgießereien, 1124 Gast- und Schankwirtschaften. Insgesamt 4296 Betriebe, hiervon sind von den Gewerbeinspektionsbeamten ganze 28 revidiert worden. Alles übrige ist der löblichen Polizei überlassen geblieben.

Nun kann man es verstehen, wenn die Eingaben der Gauleitung unsres Verbandes größtenteils unberücksichtigt blieben. Am Schlusse des sehr übersichtlich gehaltenen Berichts finden wir ein Verzeichnis der Stuttgarter Gewerkschaften, woraus zu entnehmen ist, daß im Jahre 1903 die Mitgliederzahl um 1146 gestiegen ist, und gegenwärtig sind durch das Kartell 11 690 Mitglieder vertreten. Möge der Bericht insbesondere bei der Stuttgarter Arbeiterschaft eine freundliche Aufnahme finden.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Erfurt.** Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.  
**Frankfurt a. Main.** Hier ist eine Lohnbewegung eingeleitet.  
**Freiburg i. Baden.** Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung.  
**Hannover.** Die Kollegen befinden sich in Lohnbewegung.  
**Landau.** Die Kollegen befinden sich in Tarifverhandlungen.  
**Mainz.** Die Sandsteinmengen befinden sich in einer Lohnbewegung.  
**Oldenburg.** Der Meister Neumann hat nicht bewilligt, über seinen Platz ist die Sperre verhängt.  
**Osterholz.** Die Tarifverhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Es kam zur Arbeitsniederlegung.  
**Ueberlingen.** Der Platz Schmal ist gesperrt, vor Bezug wird daher dringend gewarnt.  
**Bayreuth.** Die Kollegen treten in eine Lohnbewegung.  
**München.** Hier sind über 100 Mann in den Ausstand getreten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Delegierten nochmals zur Kenntnisnahme, daß der Verbandstag in Erfurt Montag, den 18. April, früh, eröffnet wird. Lokal: Restaurant Tivoli, Magdeburger Straße 51. Das Lokal ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn in 10 Minuten zu erreichen, es wird auch für Abholung gesorgt sein. Die Delegierten werden ersucht, wenn es irgend möglich ist, Sonntag abends einzutreffen; für Logis ist gesorgt.

## Zur Beachtung.

Alle Berichte und Artikel, den Steinarbeiter betreffend, sowie Nach- und Abbestellung des Fachorgans, sind in der Zeit vom 17.—23. April nach dem Restaurant

## Tivoli in Erfurt,

Magdeburger Straße 51, an Alois Staudinger zu richten.

## Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Bremen I. Versammlungsbericht vom 9. April. Es wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Witz in der üblichen Weise geehrt. In der Tarifberatung gab der Obmann der Lohnkommission einen längeren Bericht über die Zustände, welche uns die Meister auf ihre Forderungen bewilligen wollen. Nach längeren Bemühungen von Seiten der Gesellen haben sich die Meister veranlaßt gefühlt, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Einige Punkte, welche die Meister uns nicht zugestehen wollen (Wegfall des Spezialtarifs für Stufen, Spülsteine, Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 72½ Pfg.), wurden der Lohnkommission zur Aufrechterhaltung besonders ans Herz gelegt. Eine gleichlautende Resolution wurde von den anwesenden 46 Kollegen einstimmig angenommen. Zum 3. Punkt: Verbandstag, wurde von einem Kollegen in der Statistik noch eine besondere Scala für Feiertage usw. gewünscht. Im Punkt Verschiedenes erstattete der Vorsitzende einen längeren Bericht über die Zustände in Osterholz; daß die dortigen Kollegen einen Rekurs unterschreiben sollen, sonst gibt es Feiertage. Im übrigen wurde noch die Handlungsweise eines hiesigen Poliers gerügt, der beim Hinauswerfen gerade die verheirateten ansässigen Kollegen zuerst heranzieht. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Demis-Thumis. Recht wenig von unsrer Zahlstelle ist bis jetzt in die breite Öffentlichkeit gekommen, so daß die Mehrzahl der Steinarbeiter glaubt, es hätten die hiesigen Steinarbeiter den Himmel auf Erden. Aber genau das Gegenteil trifft zu. Die Firma G. C. Kunath sucht zurzeit in auswärtigen Blättern tüchtige Leute; es haben sich auch schon welche gemeldet. Jeder wird denken, dort ist immer noch was zu verdienen, oder eine kleine Zulage wäre gar nicht unwahrscheinlich. Aber weit gefehlt! Denn die einheimischen Arbeiter sind zu anspruchlos; alle Tage Kaffee, trockenes Brot und Kartoffeln ist ihr Leibgericht und auch etwas Alkohol. Damit sind sie zufrieden. Es geht dann von früh 6 Uhr, ja bei manchen von 4 Uhr an bis es dunkel wird. Haben die Väter irgend einen Jungen, der 12 Jahre alt ist, dann muß dieser mit in den Bruch und sich die jungen Knochen ruinieren. Zurzeit sind einige solche Jungens, die zum Unterhalt der Familie mit beitragen müssen, im Bruch Thumis I beschäftigt. Das heißt man Kinderchuh! Um die Besserstellung ihrer Lebenslage und ihrer Organisation kümmern sich die Mehrzahl gar nicht. Da ist es schade um die viele Mühe, die sich so manche geben. Es heißt oft: die 35 Pfg., davor kann ich mir was anders kaufen! Werden aber Abzüge gemacht, wie es jetzt alle Jahre geschehen ist, das macht dann bei manchen 4—6 Mark in der Woche aus. Was könnten sich diese Arbeiter dafür wohl alles anschaffen? Auch ist es hier üblich, daß wenn Bawarbeit angefertigt wird, es heißt, die ist eilig, sie muß bis zu der und der Zeit fertig sein. Damit will man nie möglichste Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen Arbeiters ge-

proben. Also, Steinarbeiter von Demitz-Thumitz und Umgegend, ihr seid auch Menschen und wollt auch als solche leben; schließt Euch zusammen, denn ein einzelner kann nichts. Tretet ein in Eure Organisation, denn durch die nur können wir bessere Zustände erreichen.

**Frankfurt a. M.** In einer ziemlich gut besuchten Versammlung der Steinarbeiter am Dienstag, den 29. März, wurde beschlossen, mit den Meistern in Unterhandlung zu treten. Verlangt soll werden: 55 Pfg. Minimallohn, 25 Prozent Zuschlag bei Überstunden, achtstündige Lohnzahlung und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Grabstein- und Marmor-geschäften. Letzteres wäre hauptsächlich zu wünschen, schon allein deswegen, weil die Marmorarbeiter noch 10 und 11 Stunden arbeiten dürfen und dadurch immer noch ein gewisser Haß zwischen Steinmetzen und Marmorarbeitern besteht. Nachdem sämtliche Redner sich über die Forderungen ausgesprochen, wurde die Lohnkommission beauftragt, sofort in Funktion zu treten und nach der Verhandlung mit den Meistern in einer Versammlung Bericht zu erstatten.

Zur Nichtigstellung sei ferner bemerkt, daß Kollege S. Häusler zwar als Kandidat zur Generalversammlung vorgeschlagen war, aus geschäftlichen Rücksichten aber die Kandidatur später ablehnte.

**Hannover.** Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung tagte hier am 8. d. M. im Heidelberger Saal. Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung, 2. Verschiedenes. Der Vorsitzende berichtet, daß die Firmen Badoan u. Nade und Georgi unterschrieben haben. Die Firma Werner mit der Bemerkung, daß ihre Unterschrift für die Dauer nur Geltung haben sollte, wenn die übrigen Geschäfte ebenfalls unterschrieben hätten. Die Firma Falke, die bei dem letzten Streit überhaupt den Tarif nicht anerkannt hat, will ihren Steinhauern einen Tarif, den sie selbst angefertigt hat, in die Hand drücken. Es ist dieses zwar der Tarif, der verlangt wird, aber mit einigen Abänderungen. Gebhardt erklärte ebenfalls unterschreiben zu wollen, wenn die übrigen unterschreiben, Merfing will gar nicht unterschreiben. Die organisierten Kollegen der letzten drei Firmen wollen die Arbeit am 16. April niederlegen, wenn die Unterschrift nicht erfolgt, und erwarten, daß die Geschäftsleitung den Beschluß der Versammlung, betreffend Einstellung der Arbeit nicht verfat, weil sonst die andern drei Unterschriften auch hinfällig würden.

**Höchst i. D.** Am 4. April fand hier selbst eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, welche den Zweck hatte, die Steinarbeiter des Odenwaldes für den Verband der Steinarbeiter Deutschlands zu gewinnen. Es waren erschienen Gauleiter Heinrich Häußler aus Frankfurt und Kollege St. auf Offenbach, Kollege Häußler sprach zunächst über das Krankenversicherungs- und das Invalidengesetz, wies sodann auf den Wert der Organisation hin und erörterte den Nutzen derselben. Es sei doch für die Steinarbeiter jetzt endlich einmal an der Zeit, die grauenhaften Zustände in ihrem Gewerbe zu beseitigen. Sämtliche Steinmetzen aus den umliegenden Orten waren herbeigeführt, um sich an der Versammlung zu beteiligen. Einige Kollegen schilderten ihre traurige Lage, daß sie u. a. 3-4 Wochen arbeiten müßten, bis der Zahntag kommt und dann einen Lohn in Empfang nähmen, der zum Leben lange nicht ausreichte. Kollege St. hielt sodann einen Vortrag über die Bundesrats-Verordnung für das Steinarbeitergewerbe an der Hand eines reichhaltigen Materials und schilderte die traurige Lage der Odenwälder Steinarbeiter, darauf hinweisend, daß die Organisation das einzige Mittel sei, erträgliche Zustände zu schaffen. Eine große Anzahl von Steinarbeitern ließ sich hierauf in den Steinarbeiterverband aufnehmen, worauf der Vorstand von drei Personen aus den Orten Höchst, Sandbach und Neustadt gewählt wurde. Gauleiter Häußler hielt sodann noch eine kurze Ansprache, und die Kollegen versicherten, mit Hilfe der Gauleitung alles daran zu setzen, und für eine zweckentsprechende Agitation Sorge zu tragen. Mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Versammlung hierauf geschlossen.

**Kaiserslautern.** Am Sonntag, den 27. März, fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, wozu Kollege Krafft aus Mannheim erschienen war. Dieser sprach über das Thema: Warum organisieren wir uns? Er legte in etwa 1 1/2stündiger Rede Zweck und Ziele der Organisation dar. Besonders wies derselbe darauf hin, wie notwendig heute der Zusammenschluß der Arbeiterschaft, hauptsächlich in unserm Gewerbe ist, um dem Ausbeutertum der Unternehmerschaft wirksam entgegenzutreten zu können, und forderte am Schluß die Kollegen zum ferneren Zusammenhalten sowie zur kräftigen Agitation auf, damit wir alle uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuführen, wofür ihm von seiten der Kollegen reiches Beifall gezollt wurde. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf unsere Stellungnahme zur bevorstehenden Gewerbeberichtsabwahl. Da dieselbe in diesem Jahre nach dem Proportionalwahlsystem eingeführt wird, erläuterte Kollege Krafft den Wahlgang und machte die Kollegen mit diesem Wahlsystem vertraut. Nachdem der 1. Vorsitzende, Kollege A. Conrad, zur regen Beteiligung an der Wahl die Anwesenden aufgefordert und darauf hingewiesen hatte, wie notwendig es ist, daß das Gewerkschaftsmitglied den Sieg davonträgt, wurden die Kollegen Joh. Ganjon und Joh. Wähler als Kandidaten vorgeschlagen. Zum Schluß wurde von verschiedenen Kollegen zum ferneren Zusammenhalten sowie zum regen Versammlungsbesuch aufgefordert, damit sämtliche Kollegen mit dem Zweck und Ziel der Organisation vertraut werden.

**München.** Am 5. April tagte im Restaurant Müllerbad eine außerordentliche Versammlung, welche sich mit folgender Tagesordnung befaßte: 1. Bericht der Platzvertreter; 2. Stellungnahme hierzu. Bevor in den ersten Punkt eingetreten wurde, erstattete Kollege Wittenmaier Bericht über die Einigungsversuche, welche er mit den Arbeitgebern gepflogen hatte, aus dem zu entnehmen ist, daß alle Versuche gescheitert sind und die Arbeitgeber es sogar ablehnten, am Gewerbegericht zu erscheinen. Diefelben Erfahrungen mußten die Kommissionen machen. Sämtliche Kollegen geißelten das Verhalten der Unternehmer in scharfen Worten, indem die Forderungen von den Meistern vor zwei Jahren als vollkommen gerecht anerkannt wurden und sie ihre Submissionen in nächster Zeit demgemäß einrichten würden und jetzt, nach so langer Zeit, aber doch nicht akzeptieren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige, im Restaurant Müllerbad tagende Steinarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung von der ablehnenden Haltung unserer Arbeitgeber gegen die Einführung des neunstündigen Tages, betrachtet die Verschleppungstheorie der Unternehmer als eine frivole Handlungsweise gegenüber den Arbeitnehmern und erklärt, nachdem alle Einigungsversuche gescheitert sind, mit dem äußersten Mittel den neunstündigen Tag zu erringen; deshalb verpflichten sich die in Wirklichkeit gezeugenen Kollegen, mit aller Kraft für die aufgestellten gerechten Forderungen einzutreten; und die Kollegen am Rathausplatz haben vorläufig noch bis Donnerstag, den 7. d. M., eine abwartende Stellung einzunehmen, bis die Angelegenheit des Werkplatzes Gschwendner erledigt ist, um gemeinschaftlich vorgehen zu können.“

**Rochlitz (am Berge).** Die Verhältnisse auf dem Rochlitzer Berge von früher und heute sollen den Kollegen einmal vor Augen geführt werden. Als die Steinmetzen noch nicht nach Tarif arbeiteten, sondern im sogenannten wilden Afford, da wurde von Tagesanbruch bis in die späte Nacht hinein geschuftet, ohne zu wissen, was man für seine geleistete Arbeit erhielt. Nun kam der liebe Sonnabend, da wurde gerechnet, man hatte sich große Illusionen gemacht, für dieses Stück bekommt du soundsoviel, aber welche Enttäuschung, gleich die Hälfte wurde geboten, und mit größter Anstrengung gelang es dann, etliche Pfennige herauszuschlagen. Der Groll vergeht wieder und Montags beginnt wieder die Arbeit, als wenn gar nichts geschehen wäre. Es änderten sich aber die Zeiten! Einige Kol-

legen, welche auswärts nach Tarif gearbeitet hatten, fehrten wieder zurück, und diesen kamen diese Preise doch etwas bedauerlich vor, trotzdem sie zuvor schon etliche Jahre danach gearbeitet hatten. Diese Kollegen klärten die andern auf, und somit wurde ein Anschlag an unsere Organisation geschaffen, und gleich nach diesem Schritt ein Tarif mit den Meistern vereinbart, welcher ohne jeden Kampf von staten ging. Aber die Unternehmer legten sich auch nicht auf die saule Haut, sie gründeten eine Genossenschaft, um größere Bauten annehmen zu können, was auch geschah. Aber wer blieb zurück, das waren die Rochlitzer Steinmetzen; bei jeder Tarifverhandlung mußten sich dieselben gefallen lassen, einige Prozente von dem Tarif fahren zu lassen. Mit diesem noch nicht genug! Trotz des schlechten Tarifs machten die Herren Unternehmer auch noch andere Abträge. Ein Beispiel diene hierzu: Vor Weihnachten wurden Pfeilerstücke angefertigt, welche laut Tarif 18 Mk. ausmachten; was haben die Kollegen bekommen? Netto 12 Mk. Bei Hogenfüden wird die Leihung nicht voll, wie es im Tarif steht, sondern bloß bis zur Einwärts bezahlt. Aber keiner hat ein Herz, diese Angelegenheit zu publizieren, es wird alles auf die Organisation abgewälzt. Die Kollegen sagen, wir steuern unsere Beiträge und können nicht einmal unser Recht suchen. Es fehlt eben am Zielbewußtsein der Kollegen. Selbst wenn der Vertrauensmann eine Versammlung einberuft, so kommen von 76 Mann, die voriges Jahr hier arbeiteten, 15-20 Mann. Ist es nicht traurig, wenn man mit so einem kleinen Teil seiner Kollegen eine Versammlung abhalten soll? Also, Kollegen, ich rufe Euch zu, schließt Euch fester zusammen in politischer wie in gewerkschaftlicher Hinsicht, damit wir auch uns einer besseren Lebenslage erfreuen können.

**Striegau.** Am 3. April tagte in der Bierquelle in Gräben eine Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom vorigen Quartal; 2. Diskussion über die zum Verbandstage gestellten Anträge; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattete der Kassierer, Kollege R. Langer, den Kassienbericht. Dieser wurde im Namen der Revisoren durch Kollegen Oskar Krause für richtig erklärt. Hierzu wurde ein Antrag des Kollegen Ruffert angenommen, wonach von jetzt an, um für die Leistungen bei Sammlungen für unterstützungsbedürftige Kollegen eine Quittung zu haben, diese im Verbandsbuch eingetragen werden soll. Kollege Langer erstattete noch kurz Bericht über die Gaufonferenz in Bunzlau. Beim 2. Punkt wurden sämtliche zum Verbandstage gestellten Anträge einer eingehenden Diskussion unterzogen. Punkt 3 mußte wegen der geringen anwesenden Mitgliederzahl zurückgestellt werden, und wurde hierauf die Versammlung geschlossen. Es ist recht bezeichnend für die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen, daß die Versammlung vor Erledigung der Tagesordnung geschlossen werden mußte. Es wäre an der Zeit, daß die Steinarbeiter von Striegau aus ihrem Schlafe erwachten, um durch regen Besuch der Versammlungen zu wohlgeschulten und fest zu unserem Verband haltenden Mitgliedern zu werden, denn nur dann ist es möglich, unsere durch den wilden Afford bedingte traurige Lage zu verbessern.

**Wenig-Radwitz.** Am 4. d. M. fand im Gasthause Zur Böhmische in Resselador eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt, in der die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt gegeben wurde, die von den Revisoren vorher geprüft und alles in bester Ordnung gefunden worden war. Ferner wurde ein Komitee von 6 Mann gewählt, welches die Vorbereitungen zum 1. Mai zu treffen hat. Im Verschiedenen wurde noch angeregt, eine Kommission zu wählen zur Umarbeitung verschiedener Paragraphen der Krankenunterstützungskasse, da letztere in finanzieller Beziehung günstig dasteht, event. die Unterstützung etwas zu erhöhen.

## Rundschau.

Die Einigungsverhandlungen zwischen zentralistischen und lokalistischen Gewerkschaften, die von dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin veranlaßt worden waren, haben einen Erfolg nicht gehabt. Die Lokalisten erklärten zum letzten Ende, einer Vereinigung nur dann zuzustimmen, wenn ihnen gestattet werde, sich nach speziellen Verufen, über ganz Deutschland zentralisiert, zu organisieren, ihre eigene Verwaltung, eigene Kasse, und nach ihrem Gutdünken eigne Presse zu haben. Weiter verlangten sie das Recht der Beteiligung an allen Unternehmungen der Gewerkschaften, u. a. auch an den Unterstützungsstellen. Auf solche Bedingungen, die ja auf weiter nichts als auf eine Verhöhnung der zentralistischen Gewerkschaften hinausliefen, konnten sich letztere natürlich nicht einlassen, so daß nichts weiter übrig blieb, als die Verhandlungen abzubrechen.

Gustav Kessler, der Macher der lokalistischen Organisationen, höhnt denn auch in der Einigkeit weidlich über diese naiven Verbändler, die sich einbildeten, bei ihm und seiner gleichartigen sei ein Bedürfnis für Einigkeit im gewerkschaftlichen Lager vorhanden. Er deutet an, daß er die ganzen Einigungsverhandlungen eine „Kateridee“ nennen möchte. Sein letztes Wort in dieser Angelegenheit ist:

Unser Einigungsvorschlag heißt noch immer: Einheit ist Unsinn, aber Einigkeit ist möglich und anzustreben und bei gutem Willen auch zu erreichen. In dieser auf Freiheit aufgebauten Einigkeit reichen wir jedem Arbeiterbruder die Hand, der überhaupt an eine Einigkeit denkt. Mit den Verbandspaffen ist freilich an eine Einheit nicht zu denken.

Die Kesslersche Einigkeit läuft auf weiter nichts als auf Schimpffreiheit auf Kosten der Zentralverbände hinaus. Der Herr Regierungsaumeister a. D. scheint übrigens in letzter Zeit an Größenwahnvorstellungen zu leiden, was die Bewertung seiner gewerkschaftlichen Erfolge anbetrifft. In der letzten Ausgabe seiner Einigkeit rühmt er wieder einmal seine Organisationen, die allerdings nicht von einer Sammelherde gebildet seien, sondern von selbstbewußten Männern. Er sei oft wegen seiner Gegnerschaft gegen die Verschleppungsbestrebungen der Zentralverbände beschimpft, verleumdet und vermindert worden; er habe das hingekommen und gehofft, daß doch endlich der Tag kommen werde, an dem man zur Einsicht kommt. „Vielleicht ist der Tag schon gekommen!“ ruft er aus. Wenn Kessler den Tag meint an dem die Lokalisten gänzlich dezimiert die Zentralverbände aber stark und festgefügt sind, kann er wohl recht haben. — Auch der Steinarbeiterverband hat heute noch unter den Nachwehen des früheren Kesslerschen Einflusses zu leiden.

## Zum Verbandstag.

Unser Unterstützungseinrichtung bedarf einer gründlichen Reorganisation; im wesentlichen möchte ich über die Reorganisation etwas sagen. In der Reorganisation sehe ich eine Ungerechtigkeit gegenüber den an die Scholle gebundenen Kollegen. Wenn man unterstützen will, muß man auch so unterstützen, daß auch jedem Recht geschieht. Die Kollegen, welche sich auf dreien begeben, erhalten eine Unterstützung von 36 Mk., während die übrigen Kollegen

nichts erhalten. Ich möchte nun den Vorschlag machen, die Reorganisation ganz wegzulassen zu lassen und dafür eine Erwerbslosen-Unterstützung einzuführen. Es könnte dann jeder mit der Unterstützung machen was er will, ob er dieselbe als Reorganisation oder Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung verwenden will; das kann uns ja gleich sein; in jedem Falle kann er nur die festgesetzte Summe, meinetwegen 36 Mk. im Jahr, erhalten. (Dann könnten wir in diesem Falle mal sagen: gleiches Recht für alle.)

Wenn dieses einer Kommission oder dem Vorstand zur Ausarbeitung überwiesen und dann einer Urabstimmung unterworfen wird, ich glaube, alle Kollegen würden zustimmen; auch die Marmor- und Granitarbeiter würden sich nicht dagegen sträuben.

Ich brauche wohl nicht näher darauf einzugehen; es wird wohl ein jeder verstehen, wie ich es meine; dann könnten wir in diesem Falle mal sagen: gleiches Recht für alle.

Altona.

Seumann.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Altona.** Aufforderung. Durch den Kollegen Weiß hier selbst wird mir mitgeteilt, daß der Kollege Christian Meyer, der im November vorigen Jahres in Hammelbrunne in Arbeit stand und wegen der skandalösen Zustände dortselbst eine Eingabe an das Landratsamt Springe wegen Durchführung der Bundesratsverordnung als verantwortlich mit unterzeichnete, in Preußen vom Unternehmer aus diesem Grunde Feterabend bekommen hätte. Der Unternehmer soll die betreffende Eingabe in Händen gehabt haben. Ich erwarte von Kollegen Meyer in Bälde eine Erklärung darüber, ob die Sache sich so verhält, wie hier angeführt. Die Erklärung bitte ich an die Hamburger Ortsverwaltung einzusenden. M. Rohde, Altona, Holstenstraße 194.

## Adressen-Änderungen.

**Saagen.** Kassierer: Georg Mühlbacher, Muskauer Straße 29, III. — Reizeunterstützung zahlt aus Willy Mühle, Justizbau.

**Hodenau i. Schlesien.** Vertrauensmann: Joseph Mirbeth, Steinmetz in Hodenau, Post Neuborf a. Gräbitzberg i. Schl.

**Essen a. d. Ruhr.** Vorsitzender: Karl Wittmann, Rheinische Straße 5, II.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 5. bis 9. April 1904.  
Neuba, Beitrag 10,80, 1. Qu. 7,20, Inserat 1,80; Neuborf, Beitrag 150.—, Eintrittsmarken 1.—, 1. Qu. 54.—, Inserat 2,40; Dortmund, Beitrag 11,40; Frankfurt am Main, Beitrag 18.—, 1. Qu. 28,80; Metz, Beitrag 2,40; Danglitten, 2. Qu. 0,90; Duisburg, Beitrag 32.—, 1. Qu. 11,40; Gröblichreuth, 1. Qu. 6,80; Beitrag 214,76, Delegiertensteuer 0,50, Eintrittsmarken 4.—; Gelsbach, Beitrag 28.—; Neudorf, Delegiertensteuer 15.—; Neuborf II, Beitrag 22.—, Eintrittsmarken 18.—; Nieder-Runding, 1. Qu. 1,80; Ofternburg, Beitrag 4,10, Delegiertensteuer 0,25; Worms, 1. Qu. 4,20; Alt-Barthau, 1. Qu. 47,20, Inserat 1,80; Wittenberg, Beitrag 98.—, Eintrittsmarken 2,50, 1. Qu. 2,40, Op. Jtal. 0,75; Ottenhöfen, Beitrag 4,80; Magdeburg, Beitrag 128.—, 1. Qu. 10,80; Neuenstein, 1. Qu. 3,60; Lübbede, Beitrag 14,25; Grimma, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 0,50, 1. Qu. 19,80; Ober-Sölema, 1. Qu. 1,80; Glöwen, Beitrag 0,90; Neustadt a. Saardt, Beitrag 41,16, Eintrittsmarken 6.—, Delegiertensteuer 2,75, 1. Qu. 4,50, Inserat 1,60; Wunfiedel, 1. Qu. 6,60, Beitrag 74,48, Eintrittsmarken 2,50; Schwarzenbach, 1. Qu. 24.—; Heidingsfeld, Beitrag 21,28, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 2,25; Bradwebe, Beitrag 1,24, Eintrittsmarken 1.—, Gräzmarken 0,50, Delegiertensteuer 0,75; Leopoldsthal, 1. Qu. 3,60, Beitrag 9,80, Eintrittsmarken 2.—, Kassenbestand 33,86; Thorn, Beitrag 2,40; Konstant, Beitrag 24,64, Eintrittsmarken 12.—, Erfahmarken 0,75, Delegiertensteuer 3,50, Protokolle 1.—, Pfafat 1,50, 1. Qu. 11,40; Strehlen, Beitrag 30,52, 1. Qu. 10,80; Leipzig, Beitrag 1,56; Essen, 1. Qu. 27,60; Ohlsdorf, Beitrag 79,36, Eintrittsmarken 1.—, 1. Qu. 9,75; Freiburg, Beitrag 160.—; Neustadt i. Odenwald, Eintrittsmarken 6.—, Beitrag 0,70, Waren 0,90; Schlettstadt (Stoerfel), 1. Qu. 2,40; Reinheim, 1. Qu. 9.—, Eintrittsmarken 1.—, Beitrag 1,96; Rütthen (Vöbel) 13,25; Seppenheim, 1. Qu. 2,10; Mündberg, 1. Qu. 4,80, Beitrag 73,64, Eintrittsmarken 0,50, Delegiertensteuer 1.—; Wünschelburg, Beitrag 27,96, Eintrittsmarken 2,50, Erfahmarken 0,75, Delegiertensteuer 5,25; Dresden, Beitrag 116,40; Birkenfeld, 4. Qu. 6.—, Beitrag 81,64, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 0,50, Broschüre 1,20; Herford, 1. Qu. 2,40; Emmendingen, 1. Qu. 5,40; Feschenbach, 1. Qu. 11,40; Söbejun, Beitrag 11,76, 1. Qu. 1,50.

Felix Lange, Kassierer.

## Briefkasten.

Ein Kollege fragt an, um Spindelstahl zu Verzierungseisen auf Mischelfall zu erhalten ist. Vielleicht kann uns ein Abonnent dieses Blattes eine Adresse mitteilen, wo dieser Stahl zu beziehen ist. Berlin. Nein. E. nicht abgemeldet.

**Heidingsfeld.** Wo soll das hinführen, wenn jeder nach Belieben Abzüge machen dürfte. Wenn jetzt schon Reste beim Steinarbeiterkonto überschrieben werden sollen, wie soll das später werden. Solche Ausgaben muß auch die Zahlstelle leisten können.

## Anzeigen.

**Hobelbandstahl** in vorzüglicher Qualität

**Sarte Steinhauerbleistifte**

echt Rehbachsches Fabrikat mit und ohne Griff, aus bestem Material

empfehlen zu billigsten Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Unserm Vorstandsmitgliede  
**Adam Mörber**  
sowie den Kollegen  
**Andreas Graf**  
und  
**Eugen Schäfer**  
die besten Wünsche zu ihrer Hochzeit.  
Die Kollegen der Zahlstelle Freiburg in Baden.  
Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Redaktionsdruck der Leipziger Buchdruckerei Schmidt & Co.

## Zum Kassenbericht.

Als wir den Jahresbericht fertiggestellt und denselben den Mitgliedern übermittelt hatten, glaubten wir nicht nötig zu haben, nochmals besonders darauf im Fachblatt eingehen zu müssen. Das Eingefandte in Nr. 14 des Fachblatts zwingt uns aber geradezu, dies zu tun. Die darin enthaltene Besur des Kassenberichts stellt Behauptungen auf, welche den realen Tatsachen widersprechen und die geeignet sind, bei dem weniger eingeweihten Leser Empfindungen wachzurufen, als ständen die Zahlen im Kassenbericht im Widerspruch mit dem vom Vorstand beigefügten Text. Uns ist jede Kritik des Berichts erwünscht, so weit sie über darin enthaltene Mängel oder Fehler Aufklärung verlangt. Wenn aber, wie in dem Eingefandten geschieht, uns Motive untersuchen werden, die uns völlig fern gelegen haben, so müssen wir gegen eine solche Kritik Verwahrung einlegen resp. die erforderlichen Richtigstellungen machen.

Diese nachfolgenden Ausführungen sollen dies tun. Die von H. gemachten Ausführungen gipfeln darin, daß wir nicht vorwärts gekommen und unsre Leistungsfähigkeit unter der Verbandsform keineswegs gesteigert worden sei; trotzdem der Kassenbestand ganz beträchtlich gestiegen ist. Bei der H. eignen Art, Beweise zu führen und durch die Heilen zu lesen, kommt er zu der Auffassung, der von uns herausgegebene Kassenbestand habe eine gegenteilige Behauptung aufgestellt. Nichts hat uns ferner gelegen, als im Wortwort des Kassenberichts etwas derartiges zum Ausdruck zu bringen.

Der Behauptung H. gegenüber, die Einnahme für Beiträge betrug pro Kopf des Mitglieds 10,93 Mk., steht in Wirklichkeit eine solche von 11,85 Mk. fest. Ganz zu Unrecht legt er bei der Berechnung die nur für die Verbandsarbeiten vereinnahmten Beiträge zugrunde und schaltet die im Jahre 1903 noch bezahlten, vom Jahre 1902 restierenden Beiträge aus. Zweifellos sind die auf diese Art noch vereinnahmten 7692,63 Mk. von unsern Mitgliedern aufgebracht und gehören auf alle Fälle mit in Berechnung gestellt. Wenn es sich darum handelt, die Leistungsfähigkeit der Organisation im ganzen oder auch pro Kopf festzustellen. In diesen selben Fehler verfällt H., wo er die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gauen feststellt. Auch hier legt er nur die auf Grund des Verbandes vereinnahmten Beiträge zugrunde, schaltet auch hier die noch eingegangenen Reste der Mitglieder aus.

Liese von 1892 noch vereinnahmten Beiträge gehen dem Verband nichts an, wird jedenfalls H. erklären, denn das sind Einnahmen, die noch dem Jahre 1902 zugute kommen. Ganz recht, dann muß er aber auch konsequent sein und die noch dem 1. Januar 1904 noch eingehenden Restbeiträge von 1903 mit in Berechnung ziehen. H. weiß aber sehr wohl, daß die nach dem 1. Januar noch eingehenden Beiträge ganz bedeutend sind; zum mindesten so hoch, wie die im Jahre 1903 noch gezahlten Reste von 1902. Diese betragen 9,8 Prozent der Beiträge. Derselbe Prozentsatz für dieses Jahr angenommen würde Außenstände für Beiträge in Höhe von 9244,58 Mk. ergeben. Die Leistungsfähigkeit würde also eine weitere Steigerung erfahren. Da dies aber nur Schätzungen sind, so legt man eben die tatsächlich gemachten Einnahmen zugrunde. Das Resultat ist daselbe, weil dies jedes Jahr wieder in die Erscheinung tritt und sich auf diese Weise stets wieder ausgleicht.

Dann wird von H. die Behauptung aufgestellt, daß in Sachsen das wenigste geleistet worden ist. Dabei führt H. aber den Gau Leipzig selbst bezüglich der Leistungen an vierter Stelle an. Der Leipziger Gau umfaßt aber die Mehrzahl der sächsischen Zahlstellen und leistete noch mehr als der Gau Berlin.

Mit solchen Behauptungen sollte man doch etwas zurückhaltender sein. Aus dem Umstande, daß Dresden an sich eine allerdings ungewöhnlich niedrige Leistung aufzuweisen hat, dies auf die gesamten sächsischen Zahlstellen zu übertragen, scheint nicht ohne eine bestimmte Absicht erfolgt zu sein.

Auch die Feststellungen von H., die Leistungen der einzelnen Orte betreffend, leiden Schiffsbruch, wenn man sie unter die Lupe nimmt. Rechnerisch die im Kassenbericht stehenden Zahlen zerlegt, mag wohl das Exempel stimmen. Das Operieren mit Zahlen ist aber gefährlich, denn sie allein bestätigen die Tatsachen nicht, wenn man sie nicht vordem auf ihren Inhalt resp. daraufhin studiert, wie sie zusammengesetzt sind. An einigen Beispielen will ich die von H. aufgestellten Behauptungen, die den Tatsachen völlig widersprechen, zu erklären suchen. Der Umstand, daß gerade in Frankfurt a. M. die Leistung pro Mitglied 19,21 Mark betragen soll, müßte H. jedenfalls zu denken geben. Frankfurt hat durchschnittlich 1903 51 Mitglieder gehabt. Die höchste Leistung, die ein Mitglied für Beiträge aufbringen kann, beträgt aber nur 16,64 Mk.; denn 32 Wg. x 52 Wochen = 16,64 Mk. Unsre Beitragsleistung beträgt aber durchschnittlich höchstens 40 Wochen, so daß auch die Leistung sich auf höchstens 12,80 Mk. stellen wird. Diesen abnormen Zustand hätte H. doch etwas eingehender würdigen sollen; aber bei dem Eifer, den Kassenbericht zu zerstückeln und in den Schatten zu stellen, überfiehet er solche auffällige Erscheinungen.

Womit ist dies zu erklären?

Die Ursache liegt darin, daß bei der großen Fluktuation in unsrer Organisation in den ersten Wochen des Quartals Aufnahmen erfolgen, 1, 2 oder auch 3 Wochenbeiträge bezahlt werden, dann aber wieder dem Verbands ferngeblieben sind, am Quartalschlusse demnach schon wieder als Mitglieder gestrichen werden müssen. Die von denselben geleisteten Beiträge erhöhen aber dann selbstverständlich die Leistung der ständigen Mitglieder.

Daß dies aber ein ganz beträchtlicher Teil ist, zeigt ein Blick auf die in Frankfurt a. M. gemachten Einnahmen für Eintrittsmarken. Demnach wurden bei 51 durch-

schnittlich vorhandenen Mitgliedern 70 Aufnahmen gemacht. Also mehr Aufnahmen wie vorhandene Mitglieder.

Diese auffällige Erscheinung tritt auch bezüglich der Gauen hervor. Die Gauen, die nach H. Aufstellung pro Kopf das meiste leisteten, haben prozentual zu ihrer Mitgliederzahl die meisten Aufnahmen gemacht.

Auf die Leistungsfähigkeit in den einzelnen Orten im Kassenbericht zu schließen, hat ebenfalls seine Bedenken. Nur dort, wo wir es, wie in Schwarzenbach, Striegau usw., mit einer beständigen Mitgliederzahl zu tun haben, welche am Orte ansässig ist, zureisende Mitglieder also wenig oder gar nicht in Frage kommen, wird sich ein den wirklichen Tatsachen entsprechendes Bild ergeben.

An allen andern Orten, welche bei Beginn der Bautätigkeit fortwährend, und zwar mit immer wechselndem Zugang zu rechnen haben, wird die Leistungsfähigkeit der ständigen Mitglieder, pro Kopf berechnet, vermindert werden.

In Orten, wie Berlin, Dresden, Pirna, Leipzig, Riesa usw., wo ein ständiger Wechsel von Mitgliedern durch Zu- und Abreise erfolgt, wird man stets darauf Bedacht nehmen müssen. Die zugereisten Mitglieder arbeiten vielleicht nur vier oder sechs Wochen in der betreffenden Stadt, reisen am Quartalschlusse ab und werden dann aber bei den eingefandten Quartalsabrechnungen mit gezählt. Da sie nur vier resp. sechs Wochenbeiträge zahlten, muß selbstverständlich dadurch die Leistung, pro Kopf festgestellt, der übrigen Mitglieder verringert werden. Oder glaubt H. wirklich, daß die Mitglieder in Dresden das wenigste leisten?

Ferner stellt er nun die Behauptung auf, vorwärts gekommen sind wir in den letzten zwei Jahren nicht und führt gleichzeitig aber selbst den Beweis, sicher gegen seinen Willen, daß die Mitgliederzahl zugenommen hat, indem er anführt, wir hatten 1901 = 8360 Mitglieder, 1902 = 7243 Mitglieder, 1903 = 8624 Mitglieder; so zählt er von 1902 zu 1903 also fast über 1400 Mitglieder mehr.

Desgleichen sucht er die Leistungsfähigkeit der Verbandsform der losen Organisationsform gegenüber ferner dadurch zu verkleinern, indem er darauf hinweist, daß im letzten Jahre für Streit- und Extrasteuern gar nichts aufgebracht wurde. Extrasteuern bedingen aber besondere ungewöhnliche Ausgaben, wie sie im Jahre 1899 und 1901 gegeben waren. Wir sind überzeugt, sollte sich durch solche Vorkommnisse die Ausschreibung einer Extrasteuer einmal nötig machen, so werden die Erträge hierfür jedenfalls nicht geringere, sondern vermutlich noch größere sein, als sie in der losen Organisationsform waren.

Die Erhebung einer Extrasteuer war vom Vorstand auch für das Jahr 1903 geplant, mußte aber doch zurückgestellt werden, weil nach Lage der Situation die Kassenverhältnisse sich besserten von Quartal zu Quartal; es an jeder Begründung hierfür fehlte und darum auch nicht ratsam erschien. Man hätte höchstens erklären müssen, daß es notwendig sei, jetzt für Mittel zu sorgen, um bei Eintreten geschäftlichen Aufschwungs aus der Defensive die Offensive zu ergreifen. Eine Begründung, die an sich bei jedem einflussreichen Mitgliede Zustimmung erhalten haben würde; die große Masse hätte aber sicher dafür kein Verständnis gehabt. Vielleicht nimmt die Generalversammlung Veranlassung, von diesem Gesichtspunkte aus die Ausschreibung einer Extrasteuer zu beschließen.

Auch hierin liegt eigentlich das Zugeständnis des Fortschritts unter der Verbandsform, weil es möglich war, ohne diese außergewöhnlichen Einnahmen (Extrasteuern) daselbe zu leisten, was in der losen Organisationsform nur durch Extrasteuern möglich war.

Was hat denn H. eigentlich Veranlassung gegeben, aus dem Kassenbericht herauszulesen, als wenn der allgemein günstige Stand der Organisation auf Konto des Verbandes zu setzen sei. Die wenigen Worte, die dem Bericht beigegeben sind, sind wahrlich so kurz gefaßt und beschränkt sich doch lediglich auf eine Erläuterung der eingefandten Zahlen im Kassenbericht. Den Kassenbericht ohne jeden redaktionellen Beigeschmack hinauszugeben, hielten wir für unzulässig. Nichts hat mir ferner gelegen, als die doch nun einmal unzweifelhaft vorhandene Entwicklung der Organisation zum Besseren, die eben in letzter Linie ihren Ausdruck im erhöhten Kassenbestand findet, allein auf die Einführung des Verbandes oder gar, wie es der Artikelschreiber uns indirekt zu unterschieben sucht, auf unser persönliches Verdienst anzurechnen. Wir wissen sehr wohl, daß bei allen unsern Bestreben, Ordnung und Disziplin in die Verwaltungen zu bringen, wie es durch die Einführung des Verbandes bedingt ist, in letzter Linie damit zu rechnen ist, daß uns die Lokalverwaltungen in dieser Richtung hilfreich zur Seite stehen. Dieses Entgegenkommen haben wir bis zu einem bestimmten Teil, wenn auch nicht von allen Orten, gefunden und dadurch manche Erleichterung gehabt.

Das wären also die verschiedenartigen Einwirkungen, die sich im Kassenbericht selbst in einer für jeden sichtbaren Weise nicht wiedergeben lassen; aber bei einigem Studium dieser zum Teil abnormen Ergebnisse in den übrigen Zahlen des Kassenberichts ihre Ergänzung resp. Erklärung finden.

Wenn man allerdings einen besondern Zweck verfolgt, wie dies in dem redaktionellen Teil des Artikels zum Ausdruck kommt, wird man für alle diese Umstände blind.

Da es der Satz im Kassenbericht: „Der Bericht selbst wird manchen vielleicht bis jetzt noch bestehenden Zweifel bezüglich der Zweckmäßigkeit der Einführung des Verbandes zerstreuen“, ist, welcher es H. angetan hat, und den er beim besten Willen nicht verstehen kann, trotzdem aber eine so eigenartige Interpretation gibt, wollen wir kurz die dem Satz zugrunde liegende Auffassung klären. Der Satz sollte nichts anderes ausdrücken, als daß durch die notwendig gewordenen Maßnahmen und Änderungen, die die Verbandsform bedingt, eine vollständige Aenderung der Zustände in den Lokalverwaltungen erzeugt wurde. Daß diese Aenderung zweifellos zum Vorteil der Organi-

sation selbst, aber auch der einzelnen Zahlstellen vor sich gegangen ist, beweist auf der einen Seite die regelmäßigeren Zahlungen der Beiträge, auf der andern Seite die Antipathie, welche man den regelmäßigen Quartalsabrechnungen teilweise in den Lokalverwaltungen entgegenbringt. Zwar ist nach dieser Richtung hin noch nicht alles erreicht und gilt es noch verschiedenes zu beseitigen, ehe der Gang der Geschäfte ein solcher ist, wie er im Interesse des Verbandes liegt; aber eine Besserung ist sicherlich eingetreten, die in ihrer logischen Folgerung zweifellos zu der besseren Finanzierung des Verbandes beigetragen hat.

Am Jahreswechsel 1903 hat sich gezeigt, welche Anarchie und welcher Wirrwarr in verschiedenen Zahlstellen vorhanden war, als es galt abzurechnen und den Verband zur Einführung zu bringen. Revisionen der Verwaltungen waren in einer großen Anzahl Verwaltungen völlig unbekannt; was aus solchen Zuständen sich naturgemäß in den meisten Fällen entwickelt, will ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen, sondern anderwärts tun. Die jetzt eingeführten Quartalsabrechnungen erfordern mindestens vierteljährlich eine Revision und machen die daraus entstehenden Folgen immer mehr unmöglich. Diese durch den Verband möglich gewordene Einrichtung ist deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Alle diese Mängel sind H. aus seiner früheren Tätigkeit in der Organisation bekannt. Wenn er trotzdem den von ihm zitierten Satz nicht versteht, so geschieht dies jedenfalls nicht aus Unkenntnis der Verhältnisse, sondern der objektive Beurteiler des Kassenberichts wird sich des Gedankens nicht erwehren können, daß H. in seiner Kritik des Kassenberichts diesen von mir gebrauchten Satz eine Interpretation gibt, die nicht darin zu finden ist, aber darauf hinausläuft, die doch unläugbar vorliegenden günstigen Ergebnisse, namentlich des letzten Geschäftsjahres, zu verdunkeln.

Lange.

## Konferenz des 1. Gaus.

(Vorort Berlin.)

Am 1. Osterfeiertag fand in Berlin im Gewerkschaftshaus die Konferenz statt. Nach kurzer Begrüßungsansprache durch den Gauleiter Walther wurden ins Bureau gewählt: Sieben-Berlin I als 1. Vorsitzender, Krüger-Stettin als 2. Vorsitzender, Muriset-Berlin II als Schriftführer.

Außer Berlin I und II hatten die Zahlstellen Brandenburg, Stettin, Greifswald und Frankfurt a. O. Delegierte entsandt. Von Potsdam war aus prinzipiellen Gründen eine Beteiligung abgelehnt worden. Posen und Königsberg hatten wohl aus finanziellen Gründen von einer Besichtigung abgesehen. Von Brandenburg war auch der Kollege Emil Wolf, Delegierter der Grabsteinbranche (im 1. Wahlkreis), zum Verbandstag als Gast anwesend.

Kollege Walther erstattete Bericht über die Tätigkeit der Gauleitung und mußte allseitig anerkannt werden, daß dieselbe bemüht gewesen ist, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die Mitgliederzahl im Gau, besonders in den Zahlstellen Berlin I und II und Posen ist erfreulicherweise im Wachstume begriffen. Im Gau waren im 1. Quartal 500, im 2. Quartal 685, im 3. Quartal 700, im 4. Quartal 843 Mitglieder vorhanden.

Die Agitation ist sehr schwierig, da außer Berlin nur Orte mit nicht sehr viel Steinarbeitern in Frage kommen, welche fast ohne Ausnahme in der Grabsteinbranche beschäftigt sind. Auch ist die geographische Lage der einzelnen Orte voneinander nicht günstig. Er streift die Lohnbewegungen, welche stattgefunden in Brandenburg und Berlin II, und bemängelt im letzten Fall die angewandte Taktik. Die Delegierten erstatteten hierauf die Situationsberichte. Von Potsdam lag ein schriftlicher Bericht vor, der sehr wichtige Punkte enthielt, die eine gründliche Aussprache bedingen; es ist deshalb sehr zu bedauern, daß Potsdam nicht vertreten war. Die Diskussion bestand meist aus Wünschen und Vorschlägen, wie die Agitation in Zukunft betrieben werden soll. Es wurde beschlossen, besonders durch Flugblätter zu agitieren, und zwar soll jede Zahlstelle zu geeigneter Zeit Berichte an den Gauvorstand ein-senden oder selbst ein Flugblatt ausarbeiten. Es wurde nun Stellung zum Verbandstag genommen. Kollege Fitzmann hielt das einleitende Referat über die Anträge. Von Berlin I wurde ein ganz neuer Antrag gestellt folgenden Wortlauts: „Die Entschädigungen für Sitzungen der Gauleitungen sind gleichmäßig festzusetzen, desgleichen für Sitzungen des Zentral- und Verbandsausschusses.“ Dieser Antrag fand einstimmige Zustimmung. Von Stettin lag folgender Antrag vor: „Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Steinarbeiter Deutschlands sich dem Kartellverband der Bauarbeiter anschließen.“ Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag zur Berücksichtigung empfohlen. Die größere Zahl der Delegierten ist für die obligatorische Einführung des Steinarbeiter zurzeit nicht zu haben; auch findet die kilometerweise Reiseunterstützung keine Zustimmung. Auch erklären sich die meisten Redner gegen den Antrag von Berlin II, Poliere und Werkführer aus der Organisation auszuschließen. Sodann wird die Wahlkreiseinteilung und die spätere Einberufung des Verbandstages kritisiert.

Krüger-Stettin wünscht bei Lohn- und andern Bewegungen bessere und glattere Abwicklung der Unterstützung durch den Zentralvorstand. Muriset-Berlin II referiert hierauf über die Bundesratsverordnung im allgemeinen. Zum Schluß erwähnt er, daß die Verordnung wohl in den meisten Fällen aushängt, aber nur in wenigen Fällen befolgt wird. Die Ausführungen wurden von den meisten Rednern bestätigt und Einzelfälle angeführt; besonders wird viel Klage über die Frühstücksbuden und Abortanlagen geführt. Auch hier ist es wieder vor allem eine strammte Organisation, welche derartigen Verhältnissen ein Ende bereitet. Weitere Anträge lagen nicht vor. Die Konferenz findet mit einem kurzen Schlusswort und einem druckhaften Hauch auf die Arbeiterbewegung ihren Abschluss.

# Konferenz der Steinarbeiter des sechsten Gaues am 4. April 1904 zu Hannover.

Kollege Burghard-Hannover eröffnet um 11 Uhr vormittags die Konferenz und heißt die anwesenden Delegierten im Namen der hannoverschen Steinarbeiter herzlich willkommen.

In das Bureau wurden gewählt: Karl Müller, Vorsitzender, Heinz Brandt, Schriftführer. Die Tagesordnung lautet: 1. Gauericht. 2. Situationsberichte. 3. Agitation und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Vertreten waren durch Delegierte folgende Orte: Mtenhagen: Muß; Brackwede: Rothe; Hannover: H. Brandt und Feldhausen; Gasserode: Stolte und Mehle; Osterwald: Süde; Osterholz: Reip. Aus den Orten Springe, Hildesheim, Unsen waren Kollegen erschienen, welche den Verhandlungen beiwohnten. Die Orte Halberstadt, Osnabrück, Leopoldsthal sind nicht vertreten. Auf eine besondere Einladung des Gauleiters nahm Kollege Stieh-Hamburg als Gauleiter des 7. Gaues an den Verhandlungen der Konferenz teil.

Zu Punkt 1 führte Gauleiter Müller aus, daß die Tätigkeit im Gau eine rege gewesen sei. 278 Briefe und Karten sind aus- und 211 eingegangen. Erfolge wären zu verzeichnen. Leider sind einzelne Orte immer noch der Meinung, wenn sie kurze Zeit dem Verbande angehören, müßten sie auch schon ernten. Auf diese Weise sind einzelne Zahlstellen zurückgegangen an Mitgliederzahl, wie Leopoldsthal, Unsen, Osnabrück. Es ist Pflicht der organisierten Kollegen, mit der Gauleitung stets in engster Fühlung zu bleiben, damit sie nicht verloren gehen, wie die Orte Hildesheim, Stadthagen, Braunschweig. Leider habe ich die Situation im Gau dadurch verändert, daß er (Müller) nach langem Drängen der Unternehmer von seinem Arbeitgeber aufs Pfahler geworfen sei. Er habe bei der letzten Reichstagswahl im 9. Hamelschen Kreise mitgewirkt, dieses wäre der Grund der Entlassung. Da es fast ausgeschlossen ist, hier im Gau Arbeit zu bekommen, so habe er für nötig erachtet, den Gau zusammenzurufen, um eventuell einen Gauleiter zu wählen. Zu diesem Zwecke habe er vom Gau 7 Kollegen Stieh eingeladen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß keiner das Amt übernehmen kann; dann müsse die Leitung dem 7. Gau übertragen werden, bis die Generalversammlung darüber beschließt. Die Delegierten möchten sich nun darüber äußern.

Muß-Altenhagen ist der Meinung, daß, wenn Hannover die Gauleitung nicht übernehmen kann, dieselbe Hamburg übertragen werden müsse, da sonst wohl kein Ort mehr in Frage käme.

Stieh-Hamburg äußert sich in längerer Rede dahin, daß Hamburg aus einzelnen Brüchen des 6. Gaues sehr zu leiden hätte, welches für sie allein schon genüge, den Gau mit zu übernehmen, schlägt aber vor, ob es schließlich nicht besser ist, den Gau auch mit auf Bremen zu verteilen.

Brandt-Hannover führt aus, daß Hannover leider nicht in der Lage ist, die Leitung des Gaues zu übernehmen. Der Mangel an geeigneten Kräften ist der Grund. Er schließt sich den Ausführungen des Kollegen Stieh an.

Müller tritt für Hamburg ein, da ständen gewerkschaftliche wie politische Redner der Organisation zur Verfügung; er setze großes Vertrauen auf Hamburg.

Stolte-Gasserode befürchtet, daß, wenn der Gau nach Hamburg verlegt würde, sein Ort betreffs Agitation vernachlässigt würde, da Hamburg doch zu weit von Gasserode entfernt ist. Hannover ist für ihn der geeignetste Ort.

Stieh-Hamburg bemerkt, daß, wenn der 6. und 7. Gau verschmolzen würden, so müsse selbstverständlich der Gauleiter auch das Recht eingeräumt erhalten, daß er Kollegen, welche die Fähigkeit besitzen, Agitation zu treiben, in die Brüche senden könne mit einer bestimmten Entschädigung für dieselben. Denn man könne doch nicht verlangen, daß die Kollegen mit den Hungerlöhnen, welche gezahlt würden, aus Idealismus auskommen sollen.

Reip-Osterholz wünscht, daß sein Ort an Bremen angeschlossen wird, da sie mit Bremen mehr Fühlung hätten.

Nachdem sich Muß-Altenhagen und Burghard für Hamburg ausgesprochen haben, stellt Gauleiter Müller den folgenden Antrag:

Den 6. Gau Hamburg zu überweisen; sollte jedoch die Generalversammlung anderer Meinung sein, so haben wir uns dieser Meinung zu fügen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Punkt 2. Die Situationsberichte der Delegierten ergaben zum größten Teil ein trauriges Bild. Fortwährende Abzüge, wo Tarife existieren, Lehrlingszucherei, Brutalität den Arbeitern gegenüber, stehen auf der Tagesordnung. Die Mitgliederzahl ist in einigen Orten etwas gestiegen, so daß wir gegenwärtig 406 Mitglieder zählen. Dem stehen leider ca. 2000 Nichtorganisierte gegenüber.

Zu Punkt Agitation und Verbands-Angelegenheiten äußert sich Müller, daß ruhige und besonnene Kollegen, welche in aller Stille in die Brüche geschickt werden müßten, viel mehr leisten könnten, als ein angelegter Gauleiter; das wäre nicht so kostspielig. Hamburg habe vor längeren Jahren einen diesbezüglichen Antrag gestellt; leider sei derselbe nicht angenommen worden, was aber ein großer Fehler war. Er habe jetzt circa vier Jahre unter sehr schlechten Verhältnissen zugebracht. Löhne von unter 10 Mk. seien gang und gäbe gewesen; er habe aber ausgehalten, um der Organisation von Nutzen sein zu können. Er habe es mit Freuden getan. Es müsse unbedingt im angegebenen Sinne etwas geschehen.

Muß-Altenhagen wünscht, daß noch eine dritte Beitragsklasse eingeführt wird, damit den Brechern Rechnung getragen wird; die jetzigen Beiträge sind zu hoch. Um endlich den Kollegen etwas bieten zu können, müsse auch Sterbegeld ausgezahlt werden.

Stieh-Hamburg erklärt, daß Hamburg bereits schon Unterstützungsanträge gestellt habe; Sterbeunterstützung ist nach seiner Ansicht Ortssache, etwas andres sei die Erwerbslosenunterstützung, da habe ein jeder einmal die Gelegenheit, etwas zu bekommen, ohne bis auf den Tod warten zu müssen. Die Beiträge künftig in drei Klassen einteilen zu müssen, hält er auch für notwendig.

Rothe-Brackwede ist für Sterbeunterstützung. Alle andern Unterstützungsanstaltungen würden wohl zu teuer werden, ebenso die Anstellung eines Gauleiters. Die Ausgaben dürfen den Wert der Leistung nicht übersteigen.

Stolte-Gasserode bemerkt, daß auf der einen Seite niedrigere Beiträge, auf der andern Seite große Ansprüche an die Organisation nicht in Einklang zu bringen sind. Muß und Rothe verteidigen die Sterbeunterstützung und sind für unbedingte Einführung der dritten Beitragsklasse.

Brandt-Hannover verlangt eine bessere Regelung der Reiseunterstützung; wenn Tagegelder ausgezahlt würden, so könne das dem Verband egal sein, wo die Reisetage ausgezahlt würden; das Buch weise dieses ja aus. Wenn eine Unterstützungsanstaltung geschaffen werden soll, halte er die Erwerbslosenunterstützung für die richtigste.

Müller ist gegen die Erwerbslosenunterstützung; der Begriff wäre zu gedehnt; Arbeitslosenunterstützung würde dem Verbande auch zu viel Kosten verursachen, so bliebe schließlich die Sterbeunterstützung übrig. Nachdem durch langes Kranksein des Kollegen fast alles aufgezehrt sei, so sei es eine sehr gute Stütze für die Hinterbliebenen, Sterbegeld zu erhalten. Dies ist auch der Wunsch der meisten Kollegen im Gau. Eine kleine Erhöhung der Beiträge müssen wir uns schon gefallen lassen; es müsse dann auch der Steinarbeiter obligatorisch eingeführt werden.

Stolte-Gasserode tritt für Krankenunterstützung ein. Muß-Altenhagen wünscht, daß die Auszahlung des Reisegelds mehr in die Brüche verlegt würde; damit mehr fremde Kollegen in die Brüche kämen, heute würden sie gemieden.

Stieh-Hamburg: Die Reiseunterstützung bedürfe einer andern Regelung, ebenso müsse auch der Steinarbeiter obligatorisch eingeführt werden. Die Anstellung von Gauleitern wäre wohl noch nicht reif, so viele Beamte im Verbande kosteten auch viel Geld.

Reip-Osterholz tritt für Sterbeunterstützung und für obligatorische Einführung des Steinarbeiter nebst Beitrags-erhöhung ein.

Brandt-Hannover bemerkt, daß nach den Ausführungen des Kollegen Müller über kurz oder lang doch zur Anstellung von Gauleitern geschritten werden müsse. Betweis hierfür sei, daß ja Kollege Müller, nachdem er vier Jahre im Gau tätig gewesen, jetzt aufs Pflaster flog; in Hannover hätte es keiner vier Jahre bedurft; jetzt müsse er von Ort zu Ort reisen; so würde es sich immer wiederholen. Andre Gewerkschaften, welche sich derartige Beamte zugelegt haben, haben große Fortschritte gemacht. Auch müsse bei uns der Versuch gemacht werden. Gerade durch angestellte Gauleiter, welche vollständig unabhängig sind, können wir uns stärken. Weiter fragt er an, ob Kollege Müller gebundenes oder ungebundenes Mandat erhalten soll.

Rothe-Brackwede spricht sich gegen die Anstellung von Gauleitern aus, da sie zu teuer sind, und dann würden die Unternehmer sagen, die würden von den Arbeiter-großhändlern gemästet. Er stellt den Antrag, Kollegen Müller ein ungebundenes Mandat zu geben.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; der Antrag ist somit angenommen.

Brandt-Hannover stellt den Antrag, jede Zahlstelle solle pro Kopf 10 Pfg. an die Gaukasse abliefern; der Antrag wird angenommen.

Rothe-Brackwede wünscht, daß Kollege Müller auf der Generalversammlung dafür eintreten möge, daß in Brackwede Reisegeld ausgezahlt würde und zwar für zwei Tage.

Steinbach-Hildesheim beschwert sich über die Zentralleitung, weil dieselbe kein Material an einen vertrauten Wirt der Hildesheimer Kollegen schicken wollte; wenn das geschehen wäre, hätte sich Hildesheim wieder empergerafft, so allerdings hatten die Kollegen das als ein Mißtrauen ihrerseits aufgefaßt.

Die Verhandlungen hatten somit ihr Ende erreicht. Nachdem Kollege Müller die anwesenden Delegierten ermahnt, daß ein jeder seine Pflicht erfüllen möge, schloß er die Konferenz.

Heinrich Brandt, Schriftführer.

## Ein Mahnruf.

Es ist eine tieftraurige Tatsache, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch ein großer Teil unserer „Kollegen“ durch ihre übermenschliche Wucherei mit dazu beitragen, die Lebenshaltung und die Gesundheitsverhältnisse der Steinarbeiter auf das tiefste Niveau herabzubringen.

Wenn es uns schon unerklärlich ist, daß Steinarbeiter in diesem ruinösen Verufe überhaupt noch in Afford beschäftigt werden dürfen, so muß man doch wahrhaftig staunen und die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn in einer Versammlung konstatiert werden mußte, wie unglaublich einzelne Kollegen schufen. Sehen wir uns aber jetzt namentlich in Hamburg in den Grabsteingeschäften um, so stehen solche Wirger nicht vereinzelt da. Es ist wohlrich ein beschämendes Zeichen und der klare Beweis dafür, wie wenig unsere Kollegen auf ihre und ihrer Familie Gesundheit Rücksicht nehmen. Das ist ein Treiben, das nicht frebelhafter werden kann.

Jedoch die Nemesis läßt nicht auf sich warten, sie folgt auf dem Fuße! Wurde doch in derselben Versammlung mitgeteilt, daß die Unternehmer zum nächsten Frühjahr eine Tarifreduzierung planen. Ist das ein Wunder? Wenn unsere „Kollegen“ derartige Zumutungen an ihre Nerben und an ihren Körper stellen, wenn sie nicht als Arbeiter, sondern als Arbeitstier versuchen, der Maschine Konkurrenz zu machen, dann wird man das Vorgehen der Unternehmer nur begreiflich finden.

Ob diese „Kollegen“ sich wirklich nicht der Tragweite ihrer Handlungsweise bewußt sind? Es wäre doch endlich einmal an der Zeit, daß die Betreffenden, die es angeht, sich bei diesen jammervollen Zuständen die Frage vorlegen: Können wir es mit unserem Gewissen vereinbaren und unseren Kollegen gegenüber verantworten, daß wir die Räder zu unserem und unseren Familien Särge schmieden?

Manche setzen sich mit dem Bemerkten über diese Frage hinweg, es läßt sich hierbei nichts machen, wenn wir dagegen Schritte unternehmen, stoßen wir noch mehr Kollegen ab. Das ist sehr naiv und zeugt von keinem großen Geiste, das wäre das selbe, als wenn wir bei einer Tarifreduzierung sagen würden: „Ja, streiken können wir nicht, dann stoßen wir unsere Kollegen ab. Na, für solche Kollegen danke ich schon.“ Wenn dieselben nur beachten wollen, in der Praxis

uns aber in die Erde bringen wollen, solche „Kollegen“, das sage ich, gleich Friedrich dem Großen, die können noch heute ihren Witz erhalten. Wenn es sich um unsere und unserer Familie Gesundheit handelt, dann dürfen wir diesen bitteren Kelch nicht an uns vorübergehen lassen, trinken wir ihn, je eher je besser, er dürfte sonst in geraumer Zeit ungenießbar sein.

Hamburg.

L.

## Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie.

Nach statistischen Erhebungen des Deutschen Holzarbeiterverbands für das Jahr 1902 im Auftrag des Verbandsvorstands bearbeitet und herausgegeben von Theodor Leipart. Preis 1.50 Mk. Stuttgart 1904. J. G. W. Dieck Nachf.

Wer das über 100 Seiten starke Heft in Großformat durchblättert, wird sich die Frage vorlegen müssen, was mehr Bewunderung verdient: der Entschluß, diese umfassende, eine gute wissenschaftliche Vorbildung erfordernde Arbeit vorzunehmen, oder die Ausführung selbst, die durchweg von dem Vorstand des Holzarbeiterverbands und dessen Organen, ohne jede Beihilfe von Berufsstatistikern, glänzend durchgeführt worden ist. Die Erhebungen erstrecken sich:

1. Auf das in Frage kommende Industriegebiet nach Orten, Zahl der Geschäfte und der beschäftigten Personen, Prozentfächer der gelernten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Kleinmeister.

2. Auf die Verhältnisse in den Betrieben selbst. Zahl der Werkstätten mit Maschinen- und ohne Maschinenbetrieb. Prozentfächer und Durchschnittszahl der Gehilfen usw. in den Geschäften mit und ohne Maschinen. Zahl der Lehrlinge. Dauer der Lehrzeit. Familienstand. Organisationszugehörigkeit. Unfallgefahr. Lohn- und Akkordverhältnisse. Kost- und Logisverhältnisse. Arbeitszeit. Akkordtarif. Maximallohn. Hygienische und Schutzvorrichtungen.

3. Arbeiterverhältnisse. Altersklassen und Durchschnittsalter. Familienstand. Kinderzahl. Mitarbeit von Frauen und Kindern. Krankheit und Arbeitslosigkeit. Art der Lohnberechnung. Selbsthalten von Werkzeug, Kleinmaterial, Beleuchtung. Wochenverdienst. Kost- und Logisarbeiter. Zahltagsperioden. Wohnungsverhältnisse.

Anhang: Die für die Erhebung benutzten Formulare. Eingegangen sind insgesamt 667 Ortsfragebogen, 10 277 Berufstatistikfragebogen, 71 034 Personenfragebogen.

Der Herausgeber sagt in seinem Vorwort zum Schluß: „Wir können zu unsrer Freude konstatieren, daß im allgemeinen die Beantwortung der Fragebogen eine torrette und vollständige war, und daß namentlich gegenüber den früheren Erhebungen ein großer Fortschritt in Bezug auf das Verständnis und das Interesse der Kollegen für die Statistik nicht zu verkennen ist. ... Mögen nun besonders unsere Verbandsmitglieder die großen Kosten und Mühen dieser Arbeit durch ein fleißiges Studium lohnen.“

Das dürfte nicht nur für die Holzarbeiter, sondern für die Arbeiter aller andern Berufe gelten, ebensowohl aber auch für jeden ernsten Sozialpolitiker — ihnen allen sei die vorliegende Arbeit aufs wärmste empfohlen.

## Rundschau.

Das Zentral-Arbeitersekretariat. Am 1. Januar 1903 ist in Berlin das Zentral-Arbeitersekretariat ins Leben getreten; die Generalkommission hat es errichtet, mit der Aufgabe, die Rekrute, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Versicherungsamte anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rekrute in der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamte zu sorgen. Das Zentral-Arbeitersekretariat hat seinen ersten Jahresbericht veröffentlicht; es betont darin, daß der Verkehr des Sekretariats mit dem Reichs-Versicherungsamte nach jeder Richtung hin befriedigend gewesen ist. Es sind dem Sekretariat von dieser Behörde auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt, es konnte somit die Rechte der versicherten Arbeiter in ausgiebiger Weise wahrnehmen. Die Vermittlung der Streitfachen erfolgt in der Hauptsache durch die Arbeitersekretariate im Reich; daneben liefern aber auch von den Gewerkschaftskartellen 38, von den Gewerkschaften 121 und von den Klägern selbst oder durch Vermittlung bekannter Personen 151 Streitfachen ein. Im ganzen hatte das Arbeitersekretariat 633 Streitfachen zu erledigen, davon betrafen 567 Ansprüche auf Unfallrente, 30 auf Hinterbliebenenrente, 36 auf Invalidenrente. Von den 633 Streitfachen sind 512 erledigt. Von 455 hier vertretenen Fällen sind in 206 die Entscheidung für den Kläger günstig, in 249 für den Kläger ungünstig gewesen; in 47 Fällen lehnte das Arbeitersekretariat die Vertretung ab und in 7 Fällen wurde der Rekurs zurückgenommen. Bei den meisten Fällen hat es sich darum gehandelt, die von den Berufsgenossenschaften erstirte Herabsetzung der Rente zu verhindern. Es lagen 269 solcher Fälle vor, 129 brachten einen für die Arbeiter günstigen Entscheid des Reichs-Versicherungsamts, 140 einen ungünstigen.

Ausarbeiter. In unsrer Presse ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die große Masse der christlichen Arbeiterorganisationen gar nicht dem Arbeiterstande angehört. Das wird wieder einmal aufs beste bestätigt in einem Bericht, der in der letzten Ausgabe des katholischen Organs Der Arbeiter enthalten ist. Kürzlich ist nämlich in Rom ein Denkmal enthüllt worden, das die katholischen Arbeiterorganisationen aller Länder dem verstorbenen Papst Leo XIII. gestiftet haben. Welcher Art nun die in den besagten Arbeiterorganisationen organisierten „Arbeiter“ sind, ersehen wir aus der Liste der an dieser Enthüllungsbeteiligung beteiligten Vertreter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin. Wir nennen davon nur folgende: Generalsekretär Journelle, Baron v. Savigny, Dr. Fleischer, Hauptlehrer Wittner, Kaplan Dumich, Baugeschäftsführer Gebauer, Zimmerpolier Gimsa, Kollektant Gede, Kuratus Michael, Magistratskassendirektor Rodehn, Schlossermeister Pohl, Rentner Profowski, Rentmeister Rudolf, Kanaleidiener Schläffer, Erzpriester Schramm, Betriebssekretär Schulte, Landwirt Senner, Präfekt im fürstbischöflichen Theologienonvikt Strzhybn, Maurerpolier Tschul, Dombenefiziat Unterlauf, Pfarrer Jimbal, Rittergutspächter Zimmer, Regens des bischöflichen Seminars Schulz. Von insgesamt 38 Arbeiterpolitikern allein die oben genannten 23, von denen man mit Bestimmtheit weiß, daß sie alles andre, nur keine Arbeiter sind.

So ist aber die Zusammensetzung, wie wir aus eigener Anschauung wissen, in allen christlichen Arbeitervereinen. Und gleicher Art waren auch die 600 000 deutschen „Arbeiter“, die sich auf dem „Ersten deutschen Arbeiterkongress“ im Vorjahre betreten ließen. Es klingt ja ganz schön, wenn man von 600 000 christlichen und königstreuen organisierten Arbeitern reden kann, was aber sich hinter dieser Zahl an Ausarbeiterium verbirgt, ist allerdings eine andre Frage.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!